Abendausgabe

Nr. 144 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 72

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag
26. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Das Steuerkompromiß angenommen.

Die Arbeit des Steuerausschusses beendet.

Heute vormittag 9 Uhr setzte der Steuerausschuß des Reichstags seine Beratungen über das Steuermilderungsgesetz fort, und zwar bei der

Vermögenssteuer.

Die Regierungsvorlage will die Veranlagung für das Jahr 1926 aus technischen Gründen fortfallen lassen und zur Anpassung an die Vermögensverminderung seit Ende 1924 nur eine Erhebung von dreiviertel des vorjährigen Veranlagungsbetrages vornehmen. Hierzu liegt neben dem Antrag der Regierungsparteien auf Senkung des Steuersatzes bei kleinen Vermögen folgender **sozialdemokratischer Antrag** vor:

> Beträgt die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1926 endgültig weniger als vierhundert Millionen Mark, so erhöht sich die erste auf diese Feststellung fällige Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer um eine entsprechende Aufzahlung.

Dr. **Herz** führte zur Begründung des Antrags aus: Durch diesen Antrag werde **das Mindestaufkommen der Vermögenssteuer in voller Höhe garantiert.** Im Etat für 1925 und im Voranschlag für 1926 seien 400 Millionen Mark vorgesehen. Dieser Betrag dürfe durch den Ausfall einer Veranlagung und die niedrigere Festsetzung der Vermögenssteuer nicht vermindert werden. Angesichts der Notwendigkeit, die Finanzämter von der zweimaligen Veranlagung der Vermögenssteuer in diesem Jahre zu befreien, die technisch wahrscheinlich überhaupt nicht durchführbar wäre, erscheine diese Vereinfachung der Veranlagung mit Sicherung des Mindestaufkommens gerechtfertigt.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen **angenommen.**

Bei der

Biersteuer

begründet Dr. **Horlacher** (Bayer. Vp.) den Antrag auf Aussetzung der Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. Januar 1927. Angeblich sei jetzt eine Senkung des Bierpreises zu erwarten. Auch sei der Ertrag der Biersteuer höher als der Voranschlag.

Simon-Schwaben (Soz.) erklärt sich für Hinausschiebung der Erhöhung der Biersteuer, jedoch wäre es besser gewesen, wenn die deutschnational geführte Regierungsmehrheit des Vorjahres sie überhaupt nicht beschlossen hätte. Jetzt drohe die Gefahr, daß die Hinausschiebung zu einem Geschenk an die Brauer werde. Auch wären außenpolitische Reibungen vermieden worden. Bei Aufhebung der Weinsteuer ist eine Erhöhung der Biersteuer natürlich nicht zu billigen.

Ein **Regierungsvertreter** wendet sich gegen die deutschnationalen Anträge auf Erhöhung des Zolls auf Bier und Begünstigung der Brauereien durch Verlängerung der Zahlungsfristen. Ein Antrag der Kommunisten auf völlige Aufhebung der Biersteuer wird abgelehnt, ebenso die Anträge der Deutschnationalen. Die Verschiebung der Erhöhung der Biersteuer wird **angenommen.** Zur

Weinsteuer

liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, der die völlige Aufhebung vorsieht. Der Antrag wird angenommen. Die Sozialdemokratie beantragt jedoch die **Neueinführung einer Sektsteuer** in Höhe von 1 Mark pro Flasche und in der Form einer Banderolensteuer.

Keil (Soz.) weist zur Begründung darauf hin, daß der Steuerabbau nicht mit der Sektsteuer beginnen könne. Solange die Zuckersteuer, die Hauszinssteuer und andere drückende Verbrauchssteuern noch erhoben werden, **würde niemand die Beseitigung der Sektsteuer verstehen.** Der sozialdemokratische Antrag schlage für die Sektsteuer die Form der Banderolensteuer vor, weil sie die einfachste und billigste Erhebungsform darstelle. Die Höhe der Steuer bleibe im allgemeinen unverändert. Für den Fruchtsekt ist lediglich eine Kontrollsteuer von 20 Pf. vorgesehen. Leider könne das neue Gesetz aus technischen Gründen nicht vor dem 1. Juli 1926 in Kraft treten, doch sei eine Nachversteuerung vorgesehen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die von der Sozialdemokratie beantragte

Aufhebung der Salzsteuer

wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Eine sozialdemokratische Entschließung verlangt eine **Ermäßigung der Zuckersteuer durch Erhöhung des Ertrages des Branntweinmonopols.** Sie hat folgenden Wortlaut:

> „die Reichsregierung zu ersuchen, bis zum 1. Oktober 1926 durch **Steigerung des Ertrages aus dem Branntweinmonopol** über den Etatsvoranschlag 1926 hinaus erhöhte Summen aus der Besteuerung des Branntweins bereitzustellen. Aus dieser Summe sind die Mittel zu einer fühlbaren **Senkung der Zuckersteuer** zu entnehmen."

Dr. **Herz** (Soz.):

Es wäre uns natürlich viel lieber, wenn im Rahmen der jetzigen Vorlage eine sofortige Ermäßigung der Zuckersteuer vorgenommen werden könnte. Da die Zuckersteuer aber zu den verpfändeten Steuern gehört, ist das nicht möglich. Ein solcher Beschluß von uns würde eine Geste bleiben. Es ist deshalb notwendig, wenn man überhaupt und in absehbarer Zeit eine Ermäßigung der Zuckersteuer erreichen will, **sie durch eine Steigerung des Ertrags der Branntweinbesteuerung zu ermöglichen.** Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß dieses Ziel sich innerhalb weniger Monate erreichen läßt und eine fühlbare Ermäßigung der Zuckersteuer eintritt.

Reichsfinanzminister Dr. **Reinhold** begrüßt die Entschließung. Der Entwurf des neuen Branntweingesetzes käme mit größter Beschleunigung an die gesetzgebenden Körperschaften. Er erwarte die Verabschiedung im Frühjahr und die erhebliche Steigerung des bisherigen Ertrages.

Abg. **Hölein** (Komm.) verlangt sofortige vollständige Beseitigung der Zuckersteuer.

Abg. Dr. **Preyer** (Dn.) bekämpft die Verkoppelung zwischen Zuckersteuer und Branntweinsteuer. Man dürfe die Ergebnisse des neuen Gesetzes nicht vorwegnehmen. In Gegensatz zu seinem großagrarischen Parteifreund Preyer stellt sich der Abg. **Hartwig** (Dn.) auf den Boden der Entschließung. Sie bedeute einen Fortschritt. Auch der Abg. Dr. **Brüning** (Z.) tritt für sie ein.

Die vollständige Aufhebung der Zuckersteuer wird abgelehnt. Die Entschließung gegen einige deutschnationale Stimmen angenommen. **Damit ist die erste Lesung beendet.**

Zweite Lesung.

In der zweiten Lesung stellten die Kommunisten die sämtlichen in der ersten Lesung gestellten und abgelehnten Anträge aufs neue. Für die sachlich berechtigten Anträge stimmen auch die Sozialdemokraten. Alle Anträge der Kommunisten werden durch Regierungsparteien und die Deutschnationalen abgelehnt.

Bei der vorgeschlagenen **Veränderung der Zahlungstermine für die Einkommensteuer** erhebt Abg. **Herz** den Einwand, daß sie über das vertretbare Ziel hinausschieße. Die Beseitigung der Häufung der Zahlungstermine, die in den nächsten Monaten eintrete, sei berechtigt. Sie könne aber, wie es der sozialdemokratische Antrag vorsieht, innerhalb des Rechnungsjahres 1926 vorgenommen werden. Die Reichsregierung spricht sich gegen diesen Antrag aus. Er wird abgelehnt.

In der ersten Lesung war beschlossen worden, die **Deputate von landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten von der Umsatzsteuer freizulassen.** Tatsächlich geschieht das bereits. Angesichts gewisser Bedenken der Regierung wird beschlossen, daß die näheren Ausführungsbestimmungen dazu vom Reichsminister der Finanzen erlassen werden. In dieser Form wird der Antrag einstimmig angenommen.

Ein Versuch der Deutschnationalen, die Einführung der Sektsteuer bis zum 1. Oktober 1926 hinauszuschieben, wird abgelehnt. Damit ist **auch die zweite Lesung beendet.**

o

Nach der Einigung der Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie über die Erfüllung der sozialdemokratischen Wünsche sind die Verhandlungen des Steuerausschusses überaus rasch zum Abschluß gelangt. Es ist infolgedessen anzunehmen, daß auch die Beratung im Plenum des Reichstags trotz der sachlichen Meinungsverschiedenheiten formell keine Schwierigkeiten machen wird und sich in kurzer Zeit erledigen läßt. Da der Reichstag sein sonstiges Arbeitspensum im wesentlichen aufgearbeitet hat, wird es damit möglich, die Verabschiedung des Steuermilderungsgesetzes noch in dieser Woche vorzunehmen und dann die Pause eintreten zu lassen, deren Beginn sonst erst am Dienstag hätte erfolgen können. Für die steigende Arbeitsfähigkeit des Reichstags ist das ein günstiges Zeichen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Magdeburg

31 Personen verletzt.

Magdeburg, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen 6.30 Uhr fuhr auf dem Hauptbahnhof Magdeburg eine Lokomotive einem einfahrenden vollbesetzten Arbeiterzug in die Flanke und riß dabei vier alten Personenwagen 4. Klasse die Seitenwände vollständig auf. 31 Personen wurden verletzt. Nach Angabe der Eisenbahn soll es sich jedoch nicht um Schwerverletzte handeln. Ein großer Teil der Verletzten ist nach Anlegung von Notverbänden wieder aus den Krankenhäusern entlassen worden.

•

Wir erfahren zu dem Unglück noch folgende Einzelheiten: Kurz vor ½7 Uhr standen in der Nähe des Stellwerkes zwei Rangierlokomotiven, die auf das Abfahrtszeichen und Freigabe der Gleise warteten. Vom Stellwerk herab wurde der zweiten Lokomotive zugerufen, daß die Fahrt frei sei. Dieser Ruf wurde jedoch von der ersten Lokomotive aufgenommen, die sich auch sofort in Bewegung setzte, auf ein falsches Gleis geriet und den einfahrenden Personenzug direkt in die Flanke fuhr. Der Führer der Lokomotive, dem von seinen Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt wird und der seit vielen Jahren in bewährter Weise seinen Dienst hat, ist über das Unglück völlig fassungslos. Die Gleise mußten auf mehrere Stunden auf mehrere Stunden gesperrt und der Verkehr umgeleitet werden.

Gegenrevolution in China.

Putsch in Kanton.

Die ganz oder teilkommunistische, jedenfalls von Sowjetrussen unterstützte Regierung der südchinesischen Großstadt Kanton ist gestürzt worden. Anhänger, richtiger wohl Truppen des Marschalls Wupeifu und seiner Generalspartei haben diesen Putsch gemacht und sie sollen eine Russenschlächterei veranstaltet haben. Die Kantoner Kapitalisten werden die Beseitigung der linksradikalen Regierung sicher begrüßt, wahrscheinlich stark gefördert haben.

Von Tientsin sollen zwei Panzerzüge mit russisch-antisowjetistischer Besatzung ausgebrochen sein, um einen Panzerzug der Nationalarmee, der die Strecke nach Pekgin sperrt, zu vertreiben oder zu vernichten.

So wird in China ein Krieg der in Rußland bisher immer geschlagenen Weißgardisten gegen die Sowjetpolitik geführt; merkwürdigerweise gegen jenen Teil der Sowjetpolitik, die lediglich altrussischen Traditionen folgt — gegen den Moskauer Imperialismus! Diesen zu bekämpfen, haben (neben China) vor allem England und Japan ein Interesse und so liegt es nahe, zu vermuten, woher **diese plötzlich wieder auftauchenden weißrussischen Truppen Ausrüstung und Direktive haben mögen.**

Ein Sorgenheer der Sowjets.

Eine Million verwahrloster Kinder.

Die Zerstörung des materiellen Wohlstands des russischen Volkes, die Umwälzung auf dem Gebiete des sittlichen Empfindens und der kulturellen Lebensformen, die oft einer Untergrabung derselben gleichkam, hat, wie es nicht anders zu erwarten war, am stärksten die russische Jugend getroffen. Vom Weltkriege kam hier, wie in allen Ländern des Kontinents, der erste Anstoß zur jugendlichen Verwahrlosung, der Bürgerkrieg bildete den weiteren Nährboden für sie. Und die Hungerjahre, die Millionen Bauern von der Scholle loslösten und andere Millionen dahinsterben ließen, gaben die Kinder der Elternlosigkeit und der Vagabondage preis. Gleich einem Heuschreckenschwarm ergossen sie sich über die Landstraßen, hängten sich an die Eisenbahnzüge, überliefen die Städte, stahlen, plünderten, raubten, wurden zu wandernden Trägern sittlicher und physischer Infektion. Und so ist es noch heute.

Die offizielle Sowjetpresse ist voll bewegter Klagen über die Landplage der obdachlosen und verwahrlosten Jugend; man schätzt sie auf ¾ bis 1 Million. Kommissionen beraten des Langen und Breiten, was mit ihr zu beginnen sei. Es wird nach Mitteln und Wegen geforscht, wie dem Uebel abzuhelfen wäre. Die Selbsthilfe der Bevölkerung wird mobil gemacht, Aufrufe werden erlassen, Geldsammlungen veranstaltet. Sogar die besondern militärischen Abteilungen der GPU., d. h. der politischen Staatsverwaltung, ist machtlos gegen die Scharen der Jugendlichen. An den Knotenpunkten des Bahnverkehrs bilden sie eine empfindliche Störung. Werden die Horden an einer Stelle zerstreut, so sammeln sie sich sehr bald an einer anderen von neuem. Nicht besser ist es in den Städten. Da haben z. B. 200 Kinder beiderlei Geschlechts in Moskau die Bodenräume eines sechsstöckigen Wohnhauses als Domizil gewählt. Man versucht sie von dort auszumieten, zuerst mit gütlichem Zureden, dann durch Drohungen, schließlich mit Gewalt. Es hilft nichts: sie kommen immer wieder. Man ruft die Feuerwehr zu Hilfe — sie jagt ein Stück der Treppe ab, die zum Bodenraum führt, um so den Kindern den ferneren Zutritt dahin unmöglich zu machen. Die drohen aber: „Laßt ihr uns nicht in Ruhe, so stecken wir das Haus in Brand." Man muß sie gewähren lassen. In einer anderen Nummer der „Prawda" wird von einem großen alten Kessel erzählt, in dem etwa 30 Kinder, Knaben und Mädchen, Unterschlupf gefunden hatten.

Welchen Umfang die Delikte der Kinder erreicht haben, zeigen die Zahlen des Moskauer Jugendgerichts, kurz Jugendkommission, genannt. Von 1920 bis 1924, also während fünf Jahren, sind laut der „Prawda" 50 000 Sachen Jugendlicher im Alter bis zu 17 Jahren erledigt worden. Von diesen Jugendlichen waren nur 2 Proz. aus Moskau gebürtig; 9 Proz. davon waren Vollwaisen. 50 Proz. dieser Kinder wiesen Infektionskrankheiten auf, in erster Linie Geschlechtskrankheiten. Aber nur 1,2 Proz. von ihnen konnten in Krankenhäusern untergebracht werden. Nicht mehr als 5,3 Proz. kamen in Kinderheime, 10,5 Proz. in Anstalten für schwer erziehbare Kinder, 10,5 Proz. wurden an die Volksgerichte als pädagogisch unzugänglich abgetreten. Gegenüber 50 Proz. aller Rechtsverletzer wurde auf Verweis und Schutzaufsicht erkannt: mit anderen Worten, sie wurden aufs neue der Straße überliefert.

So sieht es in Moskau aus. Aber eine ganz niederschmetternde Statistik brachte vor einigen Tagen die „Prawda". In einem Artikel wird hier die Zahl der Delikte von Jugendlichen im Alter bis zu 17 Jahren im Moskauer Gouvernement, die Stadt selbst ausgenommen, nur für das Jahr 1924 mit 29 827 beziffert! Sieht man sich aber genau die zahlenmäßige Verteilung nach einzelnen Delikten an, so erhält man erst den richtigen Einblick in die Abgründe der jugendlichen Verwahrlosung. Daß die Eigentumsvergehen mit etwa 50 Proz. an erster Stelle marschieren, ist begreiflich — übrigens ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil aller Delikte im Vergleich zu dem, was man in Westeuropa gewöhnt ist. Aber 0,3 Proz. der sämtlichen Delikte fallen auf Raub, 0,9 Proz. auf Brandstiftung, 0,4 Proz. auf Mord und Totschlag, 1,1 Proz. auf Körperverletzung, 0,8 Proz. auf Sittlichkeitsverbrechen. Mit anderen Worten: allein im Moskauer Gouvernement sind auf dem Lande und in den Bezirksstädten von Jugendlichen im Alter bis zu 17 Jahren im Jahre 1924 insgesamt 27 Raubüberfälle, 428 Brandstiftungen — was das für den Bauern bedeuten mag! —, 213 Morde und Totschlagsfälle, 327 Körperverletzungen und 244 Sittlichkeitsverbrechen ausgeführt worden. Am stärksten ist das Alter von 15 Jahren beteiligt, es folgt das von 14 und 13 Jahren; das Alter von 16 Jahren, mit das schwierigste in Westeuropa, steht mit der Anzahl der Delikte zwischen den 11- und 12jährigen.

Jedoch noch krasser als hierbei tritt das Phänomen der Verwahrlosung einem entgegen, wenn man das Alter unter 10 Jahren für sich betrachtet: es zählt 120 Brandstiftungen — die zehnjährigen geben 96, die 11jährigen 44 Brandstiftungen, ungefähr so viel auch die 15jährigen — 22 Morde und Totschlagsfälle, 11 Körperverletzungen, 23 Sittlichkeitsverbrechen. Man bedenke: es handelt sich hier um das Alter unter 10 Jahren!

Die soziale Schichtung des jugendlichen Rechtsverletzers in der Arbeiter- und Bauernrepublik ist auch nicht ohne Interesse. 32,7 Proz. waren Bauern-, 27,7 Proz. Arbeiterkinder, **14,6 Proz. gehörten kleinen Angestellten, 8 Proz. kleinen Handwerkern, 5,2 Proz. waren Kinder Arbeitsloser usw.**

Daß diese Statistik nicht zufälliger Natur ist, beweist eine andere aus dem Industriezentrum Rostow am Don. Hier war die Zahl der jugendlichen Räuber prozentual 10 bis 16 mal so hoch wie im Moskauschen Gouvernement. Die Zahl der jugendlichen Mörder und Totschläger im Hungerjahre war viermal so hoch — allerdings im Hungerjahre 1921.

Es muß zugegeben werden, daß die Sowjetregierung ihr Möglichstes tut, um der Situation Herr zu werden. Aber weder verfügt sie über die erforderlichen Mittel, noch über entsprechend geschultes Personal; es herrscht auch wenig Einigkeit über die Methoden der Bekämpfung der Kinderverwahrlosung. Gerade in den letzten Wochen wurde in den Spalten der Sowjetpresse eifrig über diese Probleme diskutiert. Die Kinderheime reichen nicht aus; die verwahrlosten Jugendlichen infizieren in den Heimen sittlich und physisch ihre Altersgenossen, die die Straße noch nicht aus eigener Erfahrung kennen.

Ein Artikel der „Prawda" zählt unter den jugendlichen Verwahrlosten Moskaus — die 10jährigen nicht ausgenommen — 40—90 Proz. Kokainisten. Auch gegen diese „Kinder"-Seuche ist der Kampf machtlos: Sie „toksen" in den Heimen weiter. Zuerst versuchte man besondere Sanatorien für narkomane Kinder zu gründen, jetzt begnügt man sich, sie in gewöhnlichen Heilanstalten unterzubringen. Ungeheuer groß ist auch die Zahl der Alkohol konsumierenden Kinder. Das schlimmste aber ist, daß die Jugendlichen sich in den Heimen nicht halten lassen. Sie laufen einfach davon, der Schmutz, die Ueberfüllung, das Ungeziefer, das schlechte Essen, die Beschäftigungslosigkeit, die Unordnung, die in vielen dieser Heime herrscht und stets Gegenstand der örtlichen Berichterstattung in den Sowjetzeitungen ist, treibt sie davon. Auch ist ihnen ihr ungebundenes Leben in der Freiheit lieber. Ein Beispiel an Stelle von vielen. Die „Prawda" berichtet von einer Beobachtungsstation in Moskau, die bei einem Personal von 45 Menschen für 75 Kinder bestimmt ist; im Laufe dreier Monate sind von 286 aufgenommenen Kindern 270 davongegangen. Ungefähr ebenso sieht es auch in der Beobachtungsstation aus, die den Namen des Generalstabsanwalts der Sowjetrepublik Krylenko führt. Von der „Prawda" werden diese Beobachtungsstationen einfach als Kindernachtasyle bezeichnet.

Die Flucht der Jugendlichen aus den Heimen hat den Volkskommissar für das Gesundheitswesen Sjemaschko veranlaßt, sich für die Schaffung von festen Arbeitshäusern, also solcher mit Gittern und geschlossenen Türen, auszusprechen. „Die Sentimentalitäten müssen aufhören," sagt ein anderer Artikelschreiber. Nur wer die Entwicklung in der Bekämpfung der jugendlichen Verwahrlosung in Sowjetrußland kennt, ist imstande, diese Tatsache richtig einzuschätzen: sie bedeutet das Aufgeben des modernen Fürsorgeerziehungssystems. So bezeichnet Sjemaschko die Anstalt der politischen Staatsverwaltungen in der Nähe von Moskau als mustergültig und rühmt die eiserne Disziplin, die in ihr herrscht. Allerdings handelt es sich hier um das Alter über 14 Jahre. Aber solche Jugendlichen, die einer Arbeitserziehung bedürfen, gibt es in allen russischen Jugendheimen 65 000. In dem kleinsten Teil dieser Heime ist jedoch das Arbeitsprinzip durchgeführt. In den letzten Monaten ist man dazu übergegangen, die Jugendlichen in Familien unterzubringen, 17 000 sind bereits verteilt worden.

Die Jugendverwahrlosung und ihre Bekämpfung zeigen gleich allen sonstigen Lebenserscheinungen Sowjetrußlands dessen wahres Gesicht. Aber vielleicht gerade in der Jugendkriminalität, diesem Barometer des materiellen und sittlichen Wohlergehen eines Volkes, tritt das immer noch Chaotische des augenblicklichen russischen Lebens einem am krassesten entgegen. Man kann ruhig sagen, daß, trotz der großen Mühe, die die Sowjetregierung für das Kind aufwendet, gerade dieses unter den jeweiligen Zuständen des ungeheuer großen Landes am meisten leidet. Es können noch Jahre vergehen, ehe das Problem der jugendlichen Verwahrlosung gelöst sein wird.

Der General beim Volksbegehren.

Aber nur aus — Irrtum.

Eine drollige Geschichte kommt aus Hinterpommern. Ein in Stolp erscheinendes deutschnationales Blättchen bringt diese Nachricht:

„Mit Erstaunen hat man erfahren, daß Generalmajor a. D. Falbe seinen ehrenvollen Namen in die Liste für die Forderung des Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser eingetragen hat. Wir werden jetzt von seiner Seite gebeten, mitzuteilen, daß er **geglaubt hat, seine Unterschrift für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts zu geben.** Wer General Falbe kennt, weiß, daß hier nur ein Irrtum vorliegen konnte. Ein so ehrenhafter Mann wird selbstverständlich nie wissentlich mit seinem Namen für solchen Raub eintreten."

Ein „so ehrenhafter" Mann tritt also unwissentlich für „solchen Raub" ein! Für die Intelligenz des „so ehrenhaften" Mannes ist sein nachträgliches Bekenntnis allerdings wenig schmeichelhaft. Aber ganz und gar komisch wird die Sache, wenn er das Volksbegehren auf Fürstenabfindung mit dem — Gemeindebestimmungsrecht verwechselt haben soll. Das wäre ja der reinste Dämmerzustand. Ist der nun durch die Dauerlektüre des deutschnationalen Blattes hervorgerufen oder welche andere Ursache hatte er? Vielleicht ist auch die nachträgliche Erklärung ein tatsächlicher Irrtum?

Pastor Paulus Münchmeyer.

Und der Assessor, der seinen Fall untersuchte.

Die Angelegenheit des Pfarrers Münchmeyer spielte in einem Prozeß eine Rolle, der gegen unser Parteiblatt in Emden, die „Ostfriesische Volkszeitung", angestrengt worden war. Im „Vorwärts" haben wir wiederholt über den „Fall Münchmeyer" berichtet. Gegen diesen völkischen Hetzpriester auf Borkum schwebt ein Disziplinarverfahren wegen Betruges an der Gemeinde und Lotterievergehens. Besonders interessant wurde der Fall, als bekannt wurde, daß Münchmeyer ein im Krankenhause liegendes junges Mädchen zur Nachtzeit besucht, es — wie er später sagte — „im Sinne des Apostel Paulus" geküßt und auf eine Operationsnarbe in der Bauchgegend „untersucht" hatte.

In der Gemeinde entstand über diese Tätigkeit ihres „Seelsorgers" große Aufregung, die zu vielfachen Austritten aus der Landeskirche führte. Die Kirchenbehörde hatte nun einen Assessor mit der Untersuchung der Sache beauftragt, gegen den unser Emdener Parteiblatt den Vorwurf mangelnder Objektivität und der Parteinahme für Münchmeyer erhob. Der Staatsanwalt erhob wegen Beamtenbeleidigung Anklage, der sich der Herr Assessor als Nebenkläger anschloß. Die Kirchenbehörde und ihr Assessor spannen bei der sehr langdauernden Gerichtsverhandlung indessen keine Seide. Ihr Versuch, den völkischen Pfarrer reinzuwaschen, mißlang. Sie haben sich bisher nicht gescheut, diesen unwürdigen Pfarrer noch weiter einer Gemeinde aufzuzwingen, die ganz entschieden seine Abberufung gefordert hat. Diese Vorwürfe sind beiden bescheinigt worden, denn das Gericht sagt in seiner Urteilsbegründung:

„Der Wahrheitsbeweis muß größtenteils als gelungen bezeichnet werden. Die Untersuchung ist so geführt worden, daß bei jedem Unbeteiligten der Anschein erweckt werden mußte, hier wird zugunsten des angeschuldigten Pfarrers Münchmeyer Partei ergriffen. Sehr merkwürdig ist es, daß von den 120 Unterzeichnern der in Frage kommenden Beschwerdeschrift nur 10 bis 12 Personen vernommen wurden. Das mindeste, was man verlangen konnte, wäre gewesen, daß sich der Assessor mit dem Beschwerdeführer Dr. Bensch in Verbindung setzte und feststellte, welche Zahl aus dem Kreis der 120 Unterzeichner genügte, um ein einwandfreies Bild über die Beschwerden gegen den Pfarrer Münchmeyer zu erhalten. Zum mindesten ist der Eindruck erweckt worden, daß der Untersuchungsführer im Fall Münchmeyer nicht allzu tief einzugreifen gedachte. Weiter werden über die Vernehmung eines der Zeugen folgende Punkte als höchst bedenklich hervorgehoben: 1. Wurde von Dr. Brüel von der in Frage kommenden Protestversammlung keinerlei Notiz genommen. 2. Ein wichtiger Zeuge (Konrektor Krüger) ist nicht gehört worden. 3. Eine Aeußerung, Münchmeyer achte Dr. Bensch als Arzt und Mensch hoch, ist zur Aufnahme ins Protokoll verweigert worden und dazu mit der Begründung, daß der Untersuchungsrichter diese Aeußerung nicht für möglich halte. Das Gericht erblickt in den durch die Beweisaufnahme erhärteten Aeußerungen Dr. Brüels einen offensichtlichen Einschüchterungsversuch und eine Parteinahme zugunsten des beschuldigten Pfarrers Münchmeyer."

Mit dieser Urteilsbegründung ist nicht nur der untersuchende Assessor gerichtet, sondern auch die Kirchenbehörde, die ihn schickte und auf Grund seines Berichts den Pfarrer Münchmeyer weiter als „Seelsorger" auf die Gemeinde Borkum los ließ. Gegenüber den Feststellungen besagt wenig, wenn wegen formaler Beleidigung das Gericht 200 und 100 Mark Geldstrafe gegen diejenigen festsetzte, die die Untersuchungsmethoden des Kirchenassessors öffentlich geißelten.

Der Reichshaushalt.

Die Etatsberatungen im Reichstag.

Die heutige Sitzung des Reichstages wird um 12¼ Uhr von Präsident Löbe eröffnet.

Ohne Aussprache werden verabschiedet: Der Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses; ein Gesetzentwurf, das die Zustimmung zu dem auf der Konferenz in Helsingfors am 19. August 1925 unterzeichneten Abkommens zwischen Deutschland, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden und der Sowjetunion zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels in der Ostsee und an der norwegischen Grenze sowie die Bestimmungen über die Verfrachtung alkoholischer Waren enthält; ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Strecken der Netze und der Küggow sowie über den Verkehr auf diesen Strecken; der deutsch-estnische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag.

Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Haushalt des Reichspräsidenten.

Abg. **Koenen** (Komm.) erinnert daran, daß es gerade ein Jahr her sei, seit dem Hindenburg seine Osterbotschaft veröffentlicht hat. Von den damaligen Versprechungen sei nichts in Erfüllung gegangen, die Wähler, die dem „Retter" gefolgt waren, seien gründlich enttäuscht worden. Hindenburg habe in der Aufwertungsfrage versagt und trage mit die Verantwortung für Locarno und Genf. Der Redner behauptet zum Schluß, daß Hindenburg bei seinem Besuche in Leipzig von den Erwerbslosen mit dem Rufe begrüßt worden sei: Nieder mit Hindenburg!

Reichsinnenminister Dr. **Külz** bemerkt dazu, daß nach seiner Kenntnis der Dinge sogar Parteigenossen des Abg. Koenen den Reichspräsidenten bei seinen Besuchen im Reiche begrüßt hätte. Es wäre bedauerlich, wenn es in der deutschen Republik bei der deutschen Arbeiterschaft Sitte werden sollte, was der Vorredner andeutete. Die deutsche Arbeiterschaft stehe viel zu hoch, als daß sie an solchem Rowdytum Geschmack finden sollte. Der Reichspräsident treibe keine eigene Politik, vielmehr sei dafür lediglich die verfassungsmäßige Regierung des Reichs verantwortlich.

Da Abg. **Koenen** bei seiner Darstellung der Leipzigers Vorgänge bleibt und den Ruf: Nieder mit Hindenburg, nieder mit dem Massenmörder, wiederholt, was wiederum von Entrüstungskundgebungen der Rechten begleitet wird, so steigt der Abg. **Philipp** (Dnat.), selbst ein Leipziger, auf die Tribüne, um zu entgegnen, **daß kein Mensch in Leipzig außer Koenen einen derartigen Vorfall bemerkt habe.** Angeblich habe sich das ganze Leipziger Proletariat an dem Empfange Hindenburgs beteiligt. Er sei dort begrüßt worden, wie das sonst nicht bei Empfängen von Monarchen üblich sei.

Der Haushalt des Reichspräsidenten wird darauf angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung.

Den Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses gibt Abg. **Keil** (Soz.). Der Ausschuß beantragt die Ausgabe zur Förderung von Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege von 2,5 auf 6 Millionen Mark zu erhöhen. Ferner schlägt er eine Entschließung vor, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, dafür Sorge zu tragen, daß zum Ausgleich für das durch die Reichsgarantien eingegangene Risiko in den Reichshaushalt Ausgabefonds in ausreichender Höhe eingestellt werden, die als Reserve für die etwaigen Ausfälle dienen.

Genug von Pangalos! Der griechische Staatspräsident Kondouriotis weigert sich, sein Amt bis zur Wahl des neuen Präsidenten im April beizubehalten und fährt nach seiner Heimatinsel Hydra ab.

Das entlarvte Gehirn.

Von Dr. Paul Plaut.

Unter dieser Devise segelt eine neue weltbeglückende Idee, die nun endlich die Methode bringen soll, das ewige Geheimnis der menschlichen Seele nicht nur restlos zu lösen, sondern mit letzter Exaktheit gleich graphisch darzustellen. Die letzten Wochen begeisterte sich fast die gesamte Presse an der Diagnoskopie, der „neuentdeckten Erforschungsmethode der Eigenschaften und Fähigkeiten des Menschen", mit der uns der ukrainische Arzt Zachar Biskty unter dem Beifall einer kritiklosen Anhängerschaft beschenken will. Ein bloßer Reklametrick oder ein Aprilscherz, der ein wenig zu früh kommt? Leider nicht nur Reklame. Da schreibt ein Mann wie Emil Ludwig (man muß seinen Artikel in der „Berliner Illustrierten Zeitung" vom 7. März lesen): „Nach dem, was ich sah, brauche ich mich vor keinem Abstrich zu schützen. Neben Bunsen und Helmholtz, neben Edison und Marconi, neben Curie und Roentgen tritt der Name Zachar Biskty. Mit ihm beginnt eine neue Wissenschaft." Jeder Berliner Gassenjunge weiß, wo diese „Wissenschaft" zu Hause ist, an den Straßenecken, wo mit ihr gehandelt wird, wo Chiromantie, Astrologie und ähnliche Berufszweige sich treffen, um die Verdummung der Massen noch zu fördern. Aber nicht nur Emil Ludwig ist auf diesen Humbug — sehr milde gesagt — hereingefallen; auch Vertreter des hohen Katheders, richtige Universitätsprofessoren helfen dem neuen Wunder auf die Beine, Prof. Verweyen von der Universität Bonn, längst als Mystiker und begeisterter Anhänger des Okkultismus und des Horoskops bekannt, Prof. Paulcke von der Technischen Hochschule, der zwar von sich bekennt, „in der Spezialliteratur über diese Fragen nicht bewandert" zu sein, aber nichtsdestoweniger sich vom Bios-Institut, das er stützt, ein „Befähigungsattest Nr. K 7" aushändigen läßt, in dem ihm bescheinigt wird, daß bei ihm „Ethos und Weltanschauung von guter Allgemeinform" sei.

Was hat es nun mit dieser welterschütternden Methode für eine Bewandtnis? Wir können nach den Lobpreisungen in der Presse dem Bios-Institut nur dankbar sein, daß es uns in dem Vortrag, den Herr „Professor" Greßman in der Urania hielt, Gelegenheit gab, zwar nicht der Enträtselung der Seele beizuwohnen, wohl aber der „Entlarvung" dieser Gehirne. Der jugendliche Herr Professor (so kann sich in Oesterreich jeder Oberlehrer nennen) berichtet, wie Biskty in seiner Jugend an Kopfschmerzen gelitten habe und bei der Behandlung mit dem elektrischen Strom die Wahrnehmung machte, daß die verschiedenen Stellen der Schädeloberfläche auf den Strom verschieden reagierten, vom leichten Kribbeln bis zum intensiven Stechen. Nach zwei Jahrzehnten habe er schließlich nicht weniger als 79 verschiedene Reizstellen gefunden, die er in einem Gipsmodell verzeichnete, und die nun ein genaues und einwandfreies Bild der menschlichen Seele widergeben sollen. In regellosem Durcheinander offenbart sich da: Faulheit, Diplomatie, Architektur, Anlage für Chemie, Malerei, Plastik, Barmherzigkeit, Sparsamkeit, Spekulation, Hang zum Diebstahl, Neigung zum Sammeln, Eitelkeit, Sensations- und Klatschsucht und dgl. mehr.

Die Untersuchung gestaltet sich folgendermaßen: Die zu untersuchende Person hält mit beiden Händen eine negative Elektrode, während der Versuchsleiter mit der positiven Elektrode die Schädeloberfläche abtastet und zugleich mit dem Kopfhörer die verschiedenen Schallintensitäten der einzelnen Reizstellen abhört und zahlenmäßig bewertet. Die einzelnen, gewonnenen Zahlenwerte werden schließlich zu einer Kurve vereinigt und so ein Psychogramm zusammengestellt, das nun „einwandfrei" das Innenleben der Versuchsperson darstellen soll.

Der Vortragende führte den ominösen Apparat vor, der aus vierzehn Teilen zusammengesetzt ist — ein psychologisches Manöver, um das Publikum einzufangen. Aber nicht nur der Apparat wurde vorgeführt, wobei seltsamerweise das Gipsmodell mit den 79 Punkten fehlte — sehr eigenartig, da gerade hier des Pudels Kern liegt; einige Damen und Herren durften sich sogar diagnoskopieren lassen, d. h. sie bekamen eine Elektrode in die Hände, einen Radiohörer umgehängt und durften nun dem Untersucher sagen, an welcher Stelle des Schädels ein lauterer oder tieferer Ton gehört wurde. Als eine Versuchsperson, sicherlich kein Mediziner, die jedem Laien bekannte Tatsache erwähnte: ja hier ist doch der Knochen dicker und deshalb der Ton entsprechend, verstummte das Bios-Institut verlegen.

Das ganze Schauspiel dauerte eine gute halbe Stunde, was aber völlig genügte, um jedem Denkenden die ganze Atmosphäre klar zu machen, ein Verdummungsmanöver, wie es sich nicht einmal die astrologischen Straßenhändler herausnehmen würden, nur daß der Vortragende deren Redemanieren angenommen hatte. Als Ende der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts der Phrenologe Gall seine Schädellehre in Wien vortragen wollte, wurde ihm das untersagt, so daß er ins Ausland ziehen mußte. Unsere Zeit ist in dieser Beziehung freizügiger geworden und gibt jedem Gelegenheit, sich in breitester Oeffentlichkeit zu blamieren, so viel man will. Das haben die Herren gestern gründlich getan, um so mehr, als auch das vorliegende wissenschaftliche Material völlig haltlos ist und jeder physischen und psychischen Voraussetzung spottet. Kein Versuch einer Erklärung, geschweige denn einer exakten Kontrollerbarkeit. Und die Herren sprechen hier von einer „unglaublichen" Entdeckung, nach der die ganze Wissenschaft umlernen müsse!

Die überholte Schreibmaschine. Gerade rechtzeitig, um die Ansprüche des immer irrsinniger werdenden Tempos unserer Zeit befriedigen zu können, löst jetzt die Stenographiermaschine die gute alte Schreibmaschine ab. Die deutschen Uraniawerke scheinen eine Stenographiermaschine konstruiert zu haben, die wirklich praktisch brauchbar ist. Mit ihr wird eine halbwegs geschulte Maschinenstenotypistin ohne große Anstrengung die Weltrekordmänner der Handstenographie schlagen können, wird überhaupt mit Leichtigkeit schneller schreiben können, als normalerweise überhaupt diktiert werden kann. Das Problem der Stenographiermaschine hat schon lange die Techniker in aller Welt beschäftigt. Doch wurden die bisherigen Versuche, es zu lösen, auf viel zu komplizierten Systemen aufgebaut. Jetzt hat ein Süddeutscher Otto Autenried ein System speziell zur Verwendung für diese Maschine erfunden, das mit den 42 üblichen Schreibmaschinentasten auskommt und in wenigen Tagen erlernt werden kann. Der einzige Unterschied zwischen der Stenographiermaschine und der Schreibmaschine ist für den Schreibenden das Bestehen von zwei Weiterschaltungen, denn ebenso wie bei der Handstenographie werden auch bei der Maschinenstenographie verschiedenweite Abstände zwischen den Buchstaben verschiedene Bedeutungen ergeben. Da Maschinenstenogramme, wenn man einmal das zugehörige System kennt, sehr viel leichter zu lesen sind als Handstenogramme, hofft man, daß im Laufe der Zeit die Maschinenstenographie ohne weitere Uebertragung im Geschäftsverkehr Eingang finden wird. Für die Verwendung in den Parlamenten sollen solche Maschinen mit besonderen schalldichten Abdeckungen gebaut werden, die ihre Arbeit vollkommen geräuschlos verrichten.

Berlin im Lied. Im Rittersaal der Oper am Königsplatz gab gestern Käthe Hyan im Rahmen der Volksbühne einen Liederabend, der Berliner Lieder aus drei Jahrhunderten brachte. Es waren nicht nur Lieder, die Berlin besangen, Käthe Hyan hatte auch Lieder gewählt, die nur als allgemeiner Ausdruck der Zeit gewertet werden können und die in Berlin entstanden sind. Zu dieser Art gehören die „Lieder eines Liebenden" des Günther von Göttingen, eines Zeitgenossen des jungen Goethe. Sie zeigen, daß man damals den Kitsch genau so liebte wie augenblicklich. Der ganze Böhmerwald und die Rasenbank am Elterngrab scheinen hier vorweggenommen zu sein. In ihrer Haltung erinnern sie an das schöne Lied, das Goethe öfters erwähnt: „Ich liebte nur Jomene!" Schlager haben beinahe etwas Zeitloses. Auch die Hochzeitsgesänge Peukerts aus der Zeit des großen Kurfürsten zeigen wenig Einfälle und „die Todesstunde der Königin Luise" zur Laute geschluchzt, ist edles Rührungsschmelz. Erst bei Glaßbrenner wird es anders. Hier taucht zum erstenmal politische Satire auf, allerdings versteckt und etwas zaghaft mit einer manchmal witzigen Melodie. In dieser Art hervorragend ist das Lied „April" aus dem Jahre 1847, das übrigens zweihundert Verse hat, wie Käthe Hyan in Parenthese bemerkte. Es folgten dann Moritaten und das Lied vom Kreuzberg, vielleicht liegt gerade in ihrem Vortrag ausgezeichnet, witzig, sprühend und leise parodistisch. —t.

Bürgerliche Kulturpolitik. In der Bielefelder Stadtverordnetenversammlung wurde mit 19 gegen 24 Stimmen die Weiterführung des städtischen Regietheaters mit einem Zuschuß von 240 000 M. für die Spielzeit 1926/27 abgelehnt. Dagegen wurde ein demokratischer Antrag angenommen, das Theater als Pachttheater weiterzuführen und 80 000 M. vom Etat zu streichen. Es stehen also nur 160 000 M. zur Verfügung, die kaum ausreichen werden, das städtische Orchester in der jetzigen Höhe und Zahl weiterzuführen. Die Mehrheit für das Pachttheater setzt sich zusammen aus Völkischen, Bürgerlicher Vereinigung und Demokraten. Sozialdemokraten und Kommunisten waren für das Regietheater. Eine besondere Tragik besteht darin, daß der Antrag zur Verpachtung von den Demokraten ausgegangen ist, und sie die eigentlichen Führer bei der Zerschlagung des städtischen Theaters, das einen großen künstlerischen Aufschwung genommen hatte, waren.

Musikchronik. Das nächste Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Oskar Fried's Leitung findet am 28. März, 8 Uhr, im Blüthner-Saal statt. Solistin: Karl Hermann Pillney. Programm: Ouverture zu Rosamunde von Schubert, Klavier-Konzert a-moll von Schumann, Sinfonie Nr. 1 c-moll von Brahms.

Der Deutsche Pazifistische Studentenbund läßt am Sonnabend, nachm. 5 Uhr im Lessing-Museum, Brüderstr. 13 unter dem Titel „Tod und Tränen" aus der Bibel, Goethe und Modernen (Ernst Heimann, Hertha Koenig u. a.) lesen. Eintritt frei!

Neuauflage von Grevesmühlen?

Der Landfriedensbruchprozeß von Finsterwalde.

Aus Kottbus wird uns geschrieben: In Kottbus hat am Dienstag ein Landfriedensbruchprozeß, den die Oberstaatsanwaltschaft Cottbus gegen 35 Einwohner von Finsterwalde angestrengt hat, begonnen. Die Anklageschrift beruht auf einem Krawall, der am 2. Oktober vorigen Jahres, am Geburtstag des Reichspräsidenten Hindenburg im Anschluß an einen schwarz-weiß-roten Fackelzug zu Ehren des Generals Hindenburg ausgelöst worden ist. Der Bürgermeister von Finsterwalde, Genosse Dr. Ostrowski, hatte die „Vaterländische" Veranstaltung, trotzdem sie eine wüste Pressehetze zu einer gewollten Provokation der republikanischen Bevölkerung im voraus gestempelt hatte, genehmigt und ein Polizeiaufgebot bereitgestellt.

Die Verlesung der Anklageschrift brachte wenig Neues. Die Staatsanwaltschaft behauptet, der Fackelzug wäre planmäßig gestört und die Teilnehmer der vaterländischen Kundgebung schwer mißhandelt worden. Eine schon am Nachmittag des betreffenden Tages auf dem Friedrich-Ebert-Platz versammelte „Truppe" in „kommunistischer Tracht" in Stärke von 10 bis 12 Mann habe das Signal zum Angriff auf den etwa 1200 Personen starken Fackelzug gegeben. Reichsbannerleute und Kommunisten hätten sich der Attacke auf die harmlosen Demonstranten angeschlossen. Zum Schutz gegen die Angriffe der Reichsbannerleute und Kommunisten habe der Stahlhelm dann ein „Schutzspalier" gebildet, und „schließlich die Oberhand" behalten. Soweit es den Stahlhelmleuten nicht gelungen sei, die Angreifer festzusetzen, hätten sie ihnen „eine tüchtige Tracht Prügel" verabfolgt. Ein merkwürdiges Seitenstück der Anklageschrift stellt die Meldung der rechtsgerichteten Lokalzeitungen dar, die einem förmlichen „Siegesbericht" nach der Schlacht merkwürdig ähnlich sah und in der geschildert wurde, wie die Stahlhelmleute mit „Hurra" zum „Angriff auf die Reichsbannerleute und Kommunisten" übergegangen sind.

Der Prozeß wird etwa acht bis zehn Tage in Anspruch nehmen. An den ersten beiden Tagen wurden die 35 Angeklagten, von denen etwa 10 dem Reichsbanner angehören, vernommen. Sie bestritten, den „Fackelzug provoziert" oder tätlich angegriffen zu haben. Das „Stahlhelmspalier" und der „Stahlhelmgegenangriff" sei künstlich „gemacht" worden, lediglich auf Grund irgendwelcher Hänseleien zwischen den Demonstranten und Zuschauern, ohne daß bis dahin irgendwelche Tätlichkeiten vorgekommen seien. **Eine große Rolle spielen wieder die von Polizeibeamten hergestellten „Protokolle" über die erstmalige Vernehmung der Angeklagten. Sämtliche Angeklagte wehren sich gegen die Beweiskraft dieser „Protokolle", die unter recht merkwürdigen Umständen aufgenommen worden sind.** Im übrigen ähnelt der Prozeß außerordentlich dem Grevesmühlener Reichsbannerprozeß „mit der verkehrten Front". So hat es der Staatsanwalt für richtig gehalten, einen der an der Schlägerei beteiligten Reichsbannerleute vier volle Monate in Untersuchungshaft zu behalten. Die Stahlhelmer, die in die Schlägerei verwickelt worden und zum „Angriff" übergegangen sind, treten wieder als Ankläger und Zeugen auf.

Bei der Zeugenvernehmung sagt der Kriminalbeamte **Peschrich** aus Finsterwalde aus, der Krawall sei durch eine plötzliche grundlose Schwenkung des Stahlhelms aus dem Zuge heraus entstanden. Er habe beobachtet, **daß der jetzige Hauptbelastungszeuge gegen das Reichsbanner, Stahlhelmmann Wilke, auf die Zuschauer eingehauen hat.**

Die Aussagen des Bürgermeisters Dr. **Ostrowski** bestätigen, daß der Stahlhelm in den engen Straßen der Stadt plötzliche Wendungen vornahm. Der Zusammenstoß sei zum großen Teil auf die **Provokationen des Stahlhelms und Wehrwolfs** zurückzuführen. **Auch habe es die Bevölkerung aufgeregt, daß die Stahlhelmleute ihn, den Bürgermeister, mit unanständigen Worten überhäuften.**

30 Millionen Roggenkredite.

Verhandlungen im Reichshaushaltsausschuß.

Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand ein Antrag Hepp (D. Vp.), Thomson (Dnat.) und Genossen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Haushaltsausschuß eine Vorlage zu machen, durch welche die Reichsregierung ermächtigt wird, einem unter Mitaufsicht der Reichsregierung stehenden berufsständigen Organ der Selbstverwaltung aus Mitteln der Reichsgetreidestelle einen Kredit bis zu 30 Millionen Reichsmark zu mäßigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, um durch geeignete Maßnahmen übermäßige Schwankungen des inländischen Roggenpreises entgegenzuwirken."

Vor Eintritt in die sachliche Beratung wies der Vorsitzende darauf hin, daß nach seiner Ansicht die Vorlage im Haushaltsausschuß aus formellen Gründen nicht verabschiedet werden könne, sondern vor das Plenum gehöre. Der Haushaltsausschuß hat zu solcher Verabschiedung kein Recht, denn Art. 87 der Reichsverfassung bestimme, daß im Wege des Kredits Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden dürfen. Eine solche Beschaffung dürfe nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen. Sollte argumentiert werden, daß Mittel der Reichsgetreidestelle nicht Mittel des Reichs im Sinne des Art. 87 seien, so stehe dem die Tatsache entgegen, daß die Regierung in dem Gesetzentwurf vom 8. März d. J. über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung über die Mittel der Reichsgetreidestelle verfüge. Der § 2b des Etatgesetzes für 1926 könne ebenfalls gar nicht in Frage kommen, da er nur von der Uebernahme von Garantien, nicht von der Hergabe von Krediten handle. Nur das Plenum des Reichstages sei daher zur Erledigung dieser Angelegenheit zuständig. Er beantrage aus formellen Gründen, die Beratung abzusetzen.

Der Antrag gab Anlaß zu einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf Genosse Müller-Franken und Schmidt-Berlin sowie die Abgg. Dr. v. Guérard (Z.), Stöcker (Kom.), Dr. Cremer (D. Vp.) für den Antrag des Vorsitzenden, die Regierung und Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) für sofortige sachliche Beratung der Vorlage eintraten. In der Abstimmung wurde der Antrag des Genossen Heimann mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen und die Beratung abgesetzt. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale stimmten nicht einheitlich, sondern spalteten sich.

Argentiniens Wendung zum Völkerbund.

Eine Wirkung des brasilianischen Vetos.

London, 26. März. (WTB.) **Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die Regierung hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, worin eine schleunige Abstimmung über die Frage der Ratifizierung der Entscheidung, daß Argentinien wieder dem Völkerbund beitreten soll, gefordert wird.**

Diese Abstimmung ist die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die Regierung die Einladung zur Teilnahme an den Beratungen von Völkerbundsausschüssen annimmt.

Diese Meldung kündigt die letzten Schritte Argentiniens zur Rückkehr nicht zwar in den Völkerbund, aber zur Wiederaufnahme seiner aktiven Beteiligung im Bunde an.

Argentinien hatte die erste Bundesversammlung im Dezember 1920 verlassen, als sein Antrag, daß alle Staaten der Welt von selbst Völkerbundsmitglieder sein sollten, abgelehnt wurde. Er hätte eine schwerwiegende Aenderung der Völkerbundssatzung bedeutet. Da er im Interesse der Universalität des Völkerbundes lag und insbesondere auf Deutschland gemünzt erschien, so nahm man damals in Genf vielfach an, Argentinien handele auf Anstiften Deutschlands; verbreitete sich doch gleich nach der Abreise des argentinischen Delegierten Puyrredon das unsinnige Gerücht, er sei nach Berlin gefahren, um über die Gründung eines neuen Bundes zu verhandeln. In Deutschland hinwiederum war lange die Meinung verbreitet, Argentinien sei aus dem Bunde ausgeschieden. In Wahrheit war das niemals der Fall. Argentinien blieb Bundesmitglied; es beteiligte sich nur seitdem nicht mehr an den Arbeiten des Bundes und bezahlte auch jahrelang seine Mitgliedsbeiträge nicht. Aber allmählich begriff dieser südamerikanische Staat, daß man durch Fernbleiben und Untätigkeit den Völkerbund nicht fördere. Seit zwei Jahren zahlt Argentinien seine Beiträge wieder, ist durch einen Beobachter in Genf vertreten und nahm auch an einigen Spezialkommissionen seit 1924 wieder teil; zu den Bundesversammlungen entsandte es jedoch noch nicht wieder Delegierte. Ueber eine offizielle und volle Betätigung im Völkerbunde faßte der Kongreß bereits vor längeren Monaten einen Beschluß, um dessen Bestätigung er nunmehr ersucht worden ist, um der Regierung die verfassungsmäßig notwendige Zustimmung zur „Rückkehr nach Genf" zu geben.

Es ist vielleicht mehr als ein Zufall, daß die argentinische Regierung einen Tag nach der gestern von uns veröffentlichten Erklärung der brasilianischen Nachbarregierung diese Botschaft an den Kongreß gehen läßt. Auf jeden Fall aber spitzt sich, was Südamerika angeht, der Konflikt um einen ständigen Ratssitz oder um die Zahl der nichtständigen Sitze für Südamerika auf einen diplomatischen Wettkampf zu zwischen Brasilien, dem größten, und Argentinien, dem zweitgrößten Staat Südamerikas.

Vertagung des Rechtsausschusses.

Keine Auskunft über den Wehrbeitrag. — Die Frage der Verfassungsänderung. Das Gutachten der Reichsregierung vertagt.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages gab der Vorsitzende Kahl zunächst von folgendem Schreiben des Reichsfinanzministers Kenntnis:

Die Beamten der Finanzverwaltung müssen die Verhältnisse der Steuerpflichtigen, die sie dienstlich erfahren haben, strengstens geheim halten. Deshalb bin ich aus Rechtsgründen nicht in der Lage, dem Wunsche des Rechtsausschusses zu entsprechen, ihm von den Angaben der Fürsten gelegentlich des Wehrbeitrages Kenntnis zu geben.

Der Ausschuß beriet alsdann einen sozialdemokratischen Antrag Müller und Genossen auf **Aussetzung aller Verfahren, die bei deutschen Behörden über die Auflösung von Familiengütern ehemals regierender Fürstenhäuser angestrengt sind oder werden.**

Dr. **Rosenfeld** begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf Thüringen, wo die Auflösung von Familiengütern beschlossen werden könne und infolgedessen die Gefahr bestehe, daß frei gewordene Ländereien jetzt noch schnell vor Erlaß des Reichsgesetzes über die Fürstenvermögen verkauft würden. Der Gesetzentwurf beziehe sich vor allem auf die Familiengüter des früheren Herzogs von Gotha, dem nach allen bisherigen Feststellungen schon zugetraut werden könne, daß er bis zum Erlaß des Reichsgesetzes neue Tatsachen schaffe, die die Wirkung dieses Gesetzes beeinträchtigten.

Reichsjustizminister **Marx** wünschte lediglich eine redaktionelle Aenderung, die von Dr. Rosenfeld aufgenommen wurde.

Der so veränderte Antrag auf Erlaß des Sperrgesetzes wurde alsdann **mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen angenommen.** Er soll noch morgen vom Plenum des Reichstages verabschiedet werden.

Zur Frage des verfassungändernden Charakters des sozialdemokratischen Enteignungsantrags und des Kompromisses erklärte Reichsjustizminister **Marx**: Das Kabinett hat sich gestern eingehend mit dieser Frage beschäftigt und hat nach gründlicher Aussprache dem Wunsche des Ausschusses nachkommen zu sollen geglaubt. Das Kabinett ist zu dem Ergebnis gekommen, **daß dem Ausschuß mitgeteilt werden soll, in welchen Bestimmungen eine Verfassungsänderung zu sehen ist.** Wir wollen aber den Ausschuß bitten, **bis zu seinem Wiederzusammentritt am 20. April auf unsere Erklärungen zu warten.**

Dr. **Rosenfeld**: Ich bedauere, daß wir nicht schon heute die Auskunft des Herrn Ministers erhalten können. Wenn wir das Gutachten der Regierung erst bei Beginn unserer neuen Verhandlungen bekommen, werden diese natürlich wieder verzögert werden. Vielleicht können wir das Gutachten doch schon früher erhalten.

Reichsjustizminister Dr. **Marx**: Wenn das Gutachten früher fertig ist, werden wir früher Mitteilung machen. Wir legen auf schleunige Erledigung der Sache großes Gewicht.

Dr. **Rosenfeld**: Wenn die Verhandlungen so lange dauern, liegt das doch nur an den Kompromißparteien, die zwei unzureichende Kompromisse abgeschlossen haben und jetzt daran gehen müssen, ein drittes Kompromiß zu machen.

Vors. **Kahl**: Ich stelle fest, daß der Ausschuß ein Gutachten darüber wünscht, ob der Antrag Rosenfeld und der Antrag Schulte verfassungändernd ist.

Definitiv wird sich die Regierung erst erklären können, wenn der neue Kompromißvorschlag vorliegt.

Dr. **Bell** (Z.): Ich verstehe nicht, warum die Sozialdemokraten so viel Gewicht auf das Gutachten des Justizministeriums legen. Ausschlaggebend ist dies doch keineswegs. Es kann doch nur eine wertvolle Grundlage für unsere Beratungen bilden.

Reichsjustizminister Dr. **Marx**: Es ist nicht üblich, daß das Justizministerium im Ausschuß ein Gutachten abgibt. Nur das Kabinett spricht sich über die Verfassungsmäßigkeit aus. Das Justizministerium gibt sein Gutachten dem Kabinett und das Kabinett gibt dem Reichstag Nachricht. Ich könnte nur persönlich sagen, wie ich zu den einzelnen Bestimmungen stehe.

Dr. **Rosenfeld**: Auch wir wünschen Beschleunigung. Wenn aber immer neue Formulierungen kommen, sind immer neue Erörterungen notwendig. Die Prüfung des Enteignungsvorschlages kann doch nicht mehr lange Zeit dauern, denn mit diesem Vorschlag wird sich die Regierung schon wegen des Volksbegehrens beschäftigt haben. Da längst feststeht, daß die für das Volksbegehren erforderliche Zahl von 4 Millionen erreicht ist, wird die Regierung sich doch sicherlich schon damit beschäftigt haben, auch deshalb, damit es nicht zu lange dauert, bis das Volksbegehren an den Reichstag geleitet wird.

Wir wünschen ein möglichst genaues und begründetes Gutachten.

V. **Richthofen** (Dem.): Wir brauchen die Unterstützung des Justizministeriums auch bei der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes.

Sein Gutachten müßte mindestens bei Beginn der Spezialberatung vorliegen.

Neubauer (Komm.): Auch wir wünschen Beschleunigung, wir fürchten aber, daß eine Verzögerung eintritt, wenn wir so lange auf das Gutachten des Justizministeriums warten.

Wunderlich (D Vp.): Die Kompromißparteien haben alles getan, um die Sache zu beschleunigen. Bei der Prüfung der Verfassungsänderung kommen doch nur die Frage der Zuständigkeit des Reiches, die Frage des § 153 der Verfassung und die des sondergerichtes in Betracht. Diese Fragen können wir auch an das Ende der Beratungen stellen.

Vors. **Kahl**: Ich stelle fest, daß die Wünsche des Abg. Dr. Rosenfeld, daß die Kompromißparteien ihren neuen Entwurf schon vor dem Wiederzusammentritt des Ausschusses vorlegen, durchaus berechtigt sind. Der Reichsjustizminister hat erklärt, daß er, sobald er in der Lage ist, eine gutachtliche Aeußerung der Reichsregierung zur Kenntnis bringen wird. Hoffentlich wird dies alles bald erfüllt.

Zum Schluß der Sitzung erklärte der Vorsitzende Kahl zu dem am Eingang der Sitzung mitgeteilten Schreiben des Reichsfinanzministers: **Die gesetzliche Lage ist in der Tat so, daß der Reichsfinanzminister über die Erklärungen der Fürsten zum Wehrbeitrag keine Auskunft geben kann.**

Dr. **Rosenfeld**: **Dann müssen sich meine Freunde vorbehalten, eine Aenderung der Gesetze herbeizuführen, nach der solche Auskunft möglich ist.**

Der Rechtsausschuß vertagt sich alsdann auf den 20. April.

Der Staatsgerichtshof beseitigt.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet heute außerdem die Vorlage der Reichsregierung zur Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Die Völkischen beantragten die Erweiterung der Vorlage auf völlige Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Dr. **Rosenfeld** beantragte die Zurückstellung des Antrages Frick, weil seine Beratung eine längere Erörterung erfordern würde und dadurch die heutige Verabschiedung des Vorschlages der Reichsregierung gefährdet würde.

Nach längerer Beratung, in der sich auch Reichsjustizminister **Marx** für den Vorschlag Dr. Rosenfelds aussprach, wurde so beschlossen. Der völkische Antrag und auch ein kommunistischer Antrag sollen später beraten werden.

Zu dem Antrag der Reichsregierung lag ein Antrag Dr. Rosenfeld u. Gen. vor,

der eine erleichterte Wiederaufnahme gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes in derselben Weise einführen will, wie sie der Reichstag gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte beschlossen hat.

Abg. **Brodauf** (Dem.): Wir lehnen den Gesetzentwurf der Regierung ab, wenn wir auch Regierungspartei sind. Der Staatsgerichtshof soll die Republik schützen, deshalb müssen wir ihn aufrechterhalten. Wir verstehen nicht, wie die Sozialdemokratische Partei für den Regierungsvorschlag eintreten kann. Wenn der Staatsgerichtshof aufgehoben wird, geht die Rechtsprechung an die ordentlichen Gerichte über. **Wollen die Sozialdemokraten etwa sagen, daß die ordentlichen Gerichte mehr Vertrauen verdienen als der Staatsgerichtshof?** (Zurufe der Sozialdemokraten: Nein!) Gewiß hat der Staatsgerichtshof auch von Republikanern angefochtene Urteile gefällt. Es ist aber mir und meinen Freunden schlechthin unverständlich, daß die Sozialdemokraten deshalb diesen Gerichtshof aufheben wollen.

Abg. **Wegmann** (Z.): Wir sind nicht für die Beseitigung des ganzen Gesetzes zum Schutze der Republik. Aber der Aufhebung des Staatsgerichtshofes werden wir nicht widersprechen.

Dr. **Rosenfeld**: Die Sozialdemokraten schützen ganz gewiß die Republik, das bedarf gar nicht erst eines Beweises.

Die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes aber war wenig geeignet, die Republik zu stärken. Sie hat im Gegenteil oft genug das Rechtsgefühl der Republikaner aufs schwerste verletzt. Eine ganze Anzahl von Urteilen an Arbeiter war viel zu hart, und das Versagen des Staatsgerichtshofes gegenüber den rechtsradikalen Bestrebungen macht es uns unmöglich, den Staatsgerichtshof, der etwas ganz anderes geworden ist, als er nach dem Willen des Gesetzgebers sein sollte, noch länger aufrecht zu erhalten.

Gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes wünschen wir eine erleichterte Wiederaufnahmemöglichkeit.

Wunderlich (D. Vp.): Die Volkspartei hat für die Aufhebung des ganzen Republikschutzgesetzes gestimmt, in der Meinung, es handle sich nur um den Staatsgerichtshof. Diesen wollen wir aufheben. Es ist uns gänzlich unverständlich, wie ein Herr, der selbst Richter ist, wie Herr Brodauf, so scharfes Mißtrauen gegen die ordentlichen Gerichte aussprechen kann.

Ein Antrag Korsch (Komm.) will eine Wiederaufnahme der Verfahren, in denen Landgerichtsdirektor Jürgens mitgewirkt hat.

Abg. **Brodauf** (Dem.): Wir vermögen uns dem Urteile Dr. Rosenfelds, daß der Staatsgerichtshof den auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe, nicht in seiner vollen Härte anzuschließen. Die Folge der Beseitigung des Staatsgerichtshofes wird sein, daß ein solcher Beschluß als Vertrauensvotum für die ordentlichen Gerichte angesehen werden wird.

Zu einem Vertrauensvotum für die ordentlichen Gerichte liegt nach den skandalösen Vorgängen im Magdeburger Prozeß kein Grund vor.

Reichsjustizminister **Marx** ersucht um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Der Staatsgerichtshof dürfe nicht ebenso behandelt werden wie das bayerische Volksgericht, da vor dem nur ein summarisches Verfahren stattgefunden habe und eine Wiederaufnahme überhaupt nicht möglich war.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abgelehnt.

Das ganze Gesetz wird mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Resolution Dr. Rosenfeld, die Reichsregierung um eine Nachprüfung der Urteile zu ersuchen, die auf eine Bekundung des Untersuchungsrichters Jürgens beruhen, wird gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Endberatung der Hauszinssteuer.

Der Finanzminister über die Abänderungen des Landtags

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident **Bartels** heute im Landtag des Grubenunglücks im westfälischen Bergbau, bei dem sechs Bergleute ihr Leben lassen mußten und mehr als dreißig verletzt worden sind.

Dann wird die dritte Beratung der **Hauszinssteuer** fortgesetzt.

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff**

erklärt, eine Befreiung der Fischereibetriebe von der Hauszinssteuer könne nicht durchweg, sondern nur in besonderen Fällen auf Antrag vorgenommen werden. Die Wohlfahrtsämter müßten den bedürftigen Mietern helfen. Deshalb ging der Standpunkt der Regierung dahin, aus dem Steueraufkommen diesen Aemtern 8 Proz. zur Verfügung zu stellen. Dann wäre der Aufbau des Gesetzes systematisch und klar gewesen.

Gewerkschaftsbewegung

Bekenntnis zum Internationalen Arbeitsamt.

Die Internationale Landarbeiter-Föderation.

Der Sekretär der schweizerischen landwirtschaftlichen Vereine, der bekannte reaktionäre Dr. Laur, ist bestrebt, die landwirtschaftlichen Organisationen aller im Internationalen Arbeitsamt vertretenen Länder dahin zu bringen, daß sie diese Institution nicht anerkennen. Geplant ist, in der Schweiz ein Bureau der internationalen landwirtschaftlichen Vereinigungen einzurichten, das in völliger Unabhängigkeit vom Internationalen Arbeitsamt zu wirken hat.

Diese Bestrebungen veranlaßten das kürzlich zu einer Tagung zusammengekommene Exekutivkomitee der Internationalen Landarbeiter-Föderation dazu, den Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, in seiner Eigenschaft als Internationaler Sekretär zu beauftragen, dem Internationalen Arbeitsamt ein Schreiben zuzuleiten, das ein Bekenntnis der Landarbeiter zum Amt enthält. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Im Auftrage des Exekutivkomitees habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Internationale Landarbeiter-Förderation gegen diese Einstellung der Arbeitgeber den schärfsten Protest erhebt und im Gegensatz hierzu das Internationale Arbeitsamt als die zweckentsprechendste Institution ansieht und in jeder Beziehung unterstützen wird."

Nach diesem Schreiben wird Herr Laur auf die Hoffnung verzichten müssen, auch die Landarbeiter für sein Unternehmen einzufangen. Auch dieser Sabotageversuch der Agrarier wird mißlingen.

In einem Schreiben an das Internationale Arbeitsamt hat übrigens Genosse Georg Schmidt im Auftrage der Internationalen Landarbeiter-Föderation vor einiger Zeit die Forderungen der Landarbeiter bezüglich der Arbeitszeit, des Koalitionsrechts, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung kurz aufgezeichnet und dabei auf die Ursachen der überall beklagten Flucht aus der Landwirtschaft aufgezeigt. In dem Schreiben wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Fragen auf einer internationalen Arbeitskonferenz zu behandeln.

Abkommen für polnische Wanderarbeiter.

Wie der preußische Minister des Innern in einem Runderlaß an die nachgeordneten Behörden ausführt, sind die bisherigen deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der polnischen Wanderarbeiter noch nicht zum Abschluß gelangt, jedoch haben sich die deutsche und die polnische Regierung für das Jahr 1926 über eine vorläufige Regelung geeinigt, aus der der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mitteilt:

Die polnische Regierung wird im Jahre 1926 den polnischen Wanderarbeitern, die sich zur Arbeit nach Deutschland begeben wollen und glaubhaft machen, daß sie Arbeit in Deutschland bekommen werden, unentgeltliche Pässe ausstellen, die den Inhaber zur Ausreise nach Deutschland und zur Rückkehr nach Polen bis zum 31. Dezember 1926 berechtigen. Sie wird wirksame Maßnahmen treffen, um diesen Arbeitern die Beschaffung der Pässe möglichst zu erleichtern. Sie wird ferner die polnischen Konsulatämter in Deutschland anweisen, denjenigen polnischen Wanderarbeitern, die im Jahre 1926 ausnahmsweise ohne Pässe nach Deutschland kommen, in einem beschleunigten Verfahren Pässe zu ermäßigten Gebühren auszustellen. Die deutsche Regierung wird ihren Einfluß auf die Deutsche Arbeiterzentrale in dem Sinne ausüben, daß diejenigen polnischen Wanderarbeiter, die im Jahre 1926 in Deutschland Arbeit bekommen wollen, für Beschaffung der Pässe Sorge tragen. Die deutsche Regierung wird diejenigen polnischen Wanderarbeiter, die im Jahre 1926 ausnahmsweise ohne Pässe nach Deutschland kommen, auf die Notwendigkeit der nachträglichen Beschaffung der Pässe bei dem zuständigen polnischen Konsulat rechtzeitig verweisen. Die deutsche Regierung stellt fest, daß die oben erwähnten polnischen Wanderarbeiter von dem deutschen Sichtvermerkszwang nach Maßgabe der geltenden deutschen Paßvorschriften befreit sind.

Mit Rücksicht auf diese Regelung werden die Bestimmungen der §§ 122 und 123 der Paßbekanntmachung vom 4. Juni 1924, soweit sie eine Befreiung ausländischer Arbeiter vom Paßzwang und eine Anerkennung der Arbeiterlegitimationskarte als Paßersatz vorsehen, für polnische Arbeiter, die im Besitz polnischer Pässe sind, bis auf weiteres gegenstandslos.

Bauklempner und Rohrleger in der Abwehr.

Wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilten, haben die Unternehmer des Rohrleger- und Klempnergewerbes den Lohn- und auch den Manteltarif zum 23. bzw. 31. März gekündigt mit der Absicht, die Löhne um 10 Pf. pro Stunde abzubauen. In den Verhandlungen, die am 24. März geführt wurden, begründeten die Unternehmer ihr Vorgehen u. a. damit, daß jetzt die Tarife überall gekündigt würden und auch die Lebensverhältnisse seit der letzten Lohnfestsetzung „billiger" geworden seien.

Dieser Beweisführung widersprachen die Organisationsvertreter ganz entschieden und lehnten jeden Lohnabzug ab. Als darauf in der Lohnfrage eine Einigung nicht erzielt wurde, verständigte man sich dahin, daß der jetzige Tariflohn von 1,35 M. solange in Kraft bleibt, bis der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung gefällt hat.

Ueber die Gründe zur Kündigung des Manteltarifes äußerten sich die Unternehmer nicht bestimmt. Es scheint aber die Absicht zu bestehen, den Manteltarif in den Fragen der Fahrzeitentschädigung, der Urlaubsregelung und dergleichen zu verschlechtern. Ebenso möchten die Unternehmer die Klempner und Rohrleger in einen Tarif vereinigen mit der Absicht, auch für die Klempner die Akkordarbeit einzuführen.

Die Bauklempner nahmen am Donnerstag im Metallarbeiterverbandshaus zu den Tarifkündigungen Stellung und lehnten jede Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Entrüstung ab. Sie beauftragten die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, alles zur Abwehr des Ueberfalles der Unternehmer bereit zu stellen. Sie verpflichteten sich weiter, die der Organisation noch Fernstehenden dem Verband zuzuführen, um den Unternehmern eine geschlossene Kampffront entgegenstellen zu können.

Die Rohrleger, die am gleichen Tage im Gewerkschaftshaus versammelt waren, wiesen das Ansinnen der Unternehmer mit der gleichen Entschiedenheit ab. Sie erklärten, wenn es nicht zur friedlichen Beilegung des Konfliktes kommen würde, durch Kampf ihre bisherigen Positionen halten zu wollen. Sollte der Schlichtungsausschuß dem Verlangen der Unternehmer Rechnung tragen, was jedoch nicht zu erwarten ist, so ist mit einem ernsten Konflikt in diesen Branchen zu rechnen.

Die Gerüstbauer gegen die Akkordarbeit.

Wenn auf einen Beruf das alte Wort „Akkordarbeit ist Mordarbeit" zutrifft, so ist es der der Gerüstbauer. Jede Nachlässigkeit, jedes übermäßige Hasten bei Aufstellen der Gerüste kann die schwersten Unfälle zur Folge haben. Deshalb haben sich die Berliner Leitergerüstbauer seit 30 Jahren mit Erfolg gegen die Einführung der Akkordarbeit gewehrt. Die Gerichte machen nicht die Unternehmer, sondern die Gerüstbauer voll verantwortlich für Unfälle, die infolge unsachgemäßen Aufbaues der Gerüste entstehen. Leider ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß gewissenlose Elemente den Gerüstbau kolonnenweise in Akkord ausführen. Die Bauarbeiter werden deshalb ersucht, jeden Unfall und jede unvorschriftsmäßige Rüstung zu melden, und zwar beim Branchenleiter der Gerüstbauer, H. Walter, Pettenkoferstraße 25.

In der letzten Jahresversammlung der Leitergerüstbauer, die im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, kamen die angeführten Mißstände zur Sprache. Aus dem Jahresbericht ist die Neuaufnahme von 105 Mitgliedern zu erwähnen. Die seitherige Branchenkommission wurde einstimmig wiedergewählt. Genosse H. Walter kann jetzt auf eine 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit als Branchenleiter zurückblicken.

Tarifkündigung der Konsumvereine in Bayern.

München, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband bayerischer Konsumvereine hat den bisher für die Angestellten bestehenden Manteltarifvertrag gekündigt. Die Beratungen des neu vorgelegten Entwurfs ergaben ein Reihe von Differenzen, die in den bisherigen Verhandlungen nicht ausgeglichen werden konnten. Der Zentralverband der Angestellten konnte dem ihm vom Verband der Konsumvereine vorgeschlagenen Tarif nicht zustimmen. Die Verhandlungen mußten deshalb vertagt werden, um beiden Parteien Gelegenheit zur Prüfung ihrer Stellungnahme und Einholung weitergehender Vollmachten zu geben.

Die Bedeutungslosigkeit der Gelben.

Essen, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei Krupp ist folgendes: Von 19 102 wahlberechtigten Arbeitern gegen 18 128 im Vorjahre haben gewählt 14 485. Von den Arbeitern haben erhalten: Deutscher Metallarbeiterverband 7962 mit 18 Stimmen im Arbeiterrat, von denen 12 auf den Betriebsrat entfallen, der Christliche Metallarbeiterverband 4465 mit 10 Sitzen im Arbeiterrat, von denen 7 auf den Betriebsrat entfallen, die Hirsch-Dunckerschen 362 mit keinem Sitz, Gelbe 1278 gegen 1697 im Vorjahr, mit 2 Sitzen im Arbeiterrat, die auch gleichzeitig auf den Betriebsrat entfallen.

Bei den Betriebsratswahlen in der Dortmunder Union entfallen auf die freien Gewerkschaften 3336 Stimmen (9 Betriebsräte und 3 Arbeiterräte), Christliche 687 Stimmen (2 Betriebsräte), Syndikalisten 1694 (5 Betriebsräte, 1 Arbeiterrat), Hirsch-Dunckersche 318 (1 Betriebsrat), „Volksgemeinschaft" 873 (1 Betriebsrat).

Streikdrohung der elsässischen Eisenbahner.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Aktionskomitee der Eisenbahner und Staatsbeamten Elsaß-Lothringens hat einen neuen Aufruf erlassen, in dem es sich über die Unterbrechung der Verhandlungen mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten beklagt und darauf hinweist, daß der prinzipielle Streikbeschluß des Komitees zur Ausführung gelangen werde, falls nicht bald eine Aenderung der Lage eintrete.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Sport.

Ein Sprungkünstler im Sportpalast.

Gestern abend stellte im Sportpalast der kanadische Meisterläufer Pteil Tailor sein hervorragendes Können unter Beweis und rief wiederholt starke Beifallsstürme hervor. Pteil Tailor, der schon in St. Moritz durch seine tollkühnen Eissprünge Verwunderung erregte, dürfte in Europa konkurrenzlos dastehen. In buntschillerndem Kostüm erscheint er in der Eisarena, um zuerst auf Stelzen, an deren Enden Schlittschuhe befestigt sind, auf dem Eise meisterhaft zu jonglieren. Etwas später folgen die sensationellen Todessprünge. Pteil Tailor springt in Hockstellung, dann mit einem Fuß bis über 10 Tonnen, die nacheinander aufgerollt werden. Tische und Stühle nimmt er ebenso sicher und elegant. Der Sportpalast hat einen guten Griff getan, diesen Eiskünstler zu engagieren, der tatsächlich Erstaunliches leistet.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Herren- und Knabenmodenhaus S. Josef, Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr., bringt Osterangebote von enormer Billigkeit, die jeden Interessenten in freudiges Erstaunen versetzen dürfte. Näheres erfährt der geehrte Leser aus dem Inserat in dieser Nummer.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ecksorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Wo kaufe ich meine Kleidung?
Dort wo ich die größte Auswahl, nur erprobte Stoffe und die billigsten Preise bei bester Verarbeitung finde!

Herr.-Sakko-Anzug haltbarer Cheviot in praktischer Modefarbe . . . M. 36.—
graubrauner Cheviot in moderner Musterung . . . M. 48.—
aparter, modebrauner Cheviot, Korbflechtmuster . . . . M. 62.—
modefarbiger Cheviot mit Streifen, zweireihig . . . M. 74.—
eleganter brauner Cheviot mit aparten Streifen . . M. 85.—
grauer u. modefarb. gezwirnter Cheviot mit Ueberkaro . M. 95.—
Sport-Anzüge 2-teilg. gut. derber Strapazierloden M. 38.—
Sport-Anzüge 4-teilg. mit langer u. kurzer Hose in flott gemustertem Cheviot M. 68.—

Herren-Ulster mittelgrauer Cheviot, gute Qualität, Gurtform . . . M. 48.—
dunkelgrauer u. modefarbiger Gabard., zweireihige Form M. 68.—
einfarb. dunkelgrauer Covercoat, zweireihig, mit Gurt M. 80.—
pa. Gabard. m. eleg. Abseite in grau und modefarbig M. 110.—
Herren-Paletots Marengo-Cheviotstoffe i. gut. Qualitäten, . M. 85.— 65.— 48.—
Herr. Sport-Paletots Covercoatstoffe in verschied. Farb., eleg. Ausstatt. M. 85.-, 74.- 59.—
Herr. Gummi-Mänt. pr. Gummierung, moderner weiter Schlüpfer . . . . M. 16.50
Herr. Gabard.-Mänt. imprägniert, flotte moderne Form . . . . . M. 45.—

Dam.-Gummi-Mänt. prima Gummierung, moderne flotte Form . . . . . M. 19.—
Dam.-Gabard.-Mänt. reine Wolle, imprägniert, in den neuesten Formen . . M. 29.50
Blauer Sakko-Anzg. für Jünglinge aus haltbarem Cheviot, ein- u. zweireihige Form, Gr. 38 . . . . . M. 40.—
Farb. Sakko-Anzug aus braun meliertem Cheviot, Diamantmuster, Gr. 38 . M. 32.—
Joppen-Schul-Anzg. modefarb. fest. Cheviot, ganz gefüttert. Breeches, Gr. 38 M. 29.—
Frühjahrs-Mantel grau melierter Cheviot mit Ueberkaro, zweireih. Ulsterform, Gr. 38 . . . . . M. 32.—

Windjacken imprägnierte starke Zeltbahn- und Gabardinestoffe . . von M. 9.50 an
Gummi-Mantel modefarbiger Köperbezug, beste Gummierung, Gr. 38 M. 14.50
Kieler Anzug reinwollener Melton-Cheviot, für 3 Jahr. . . . . M. 25.—
Kieler Pyjack blauer haltbar. Cheviot, für 3 Jahr, M. 12.—
Schlupf-Anzug aus blauem Kammgarn u. farbigen Cheviots, für 3 Jahr . . M. 15.—
Sport-Anzug mit Knieod. Breecheshose, a. sehr haltb. mod. gemust. Chev. f. 7 Jahre M. 17.—
Ulster u. Schlüpfer moderne Farben und Formen für 3 Jahr . . . . . M. 12.—

Also bei
Leineweber
Berlin C, Höllnischer Fischmarkt 4—6

Total-Ausverkauf!
Wir verkaufen wegen Auflösung unseres Geschäftslokales sämtliche Waren weit unter dem Herstellungspreis
Pelze, Mäntel, Kostüme, Kleider von Mk. 18.— an
Vorzeiger dieser Anzeige 10% Rabatt
Modehaus Rotholz, Neue Wilhelmstraße 8a
Ecke Unter den Linden.

Berliner Fremdenverkehr und Wirtschaft

Das neu gegründete Fremdenverkehrsbureau der Stadt Berlin sieht es mit als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, Propaganda für Verkehrswerbung nicht nur in anderen Städten und im Auslande zu betreiben, sondern auch bei den Berlinern selbst. Gerade sie sind leider von der Notwendigkeit des Fremdenverkehrs durchaus noch nicht so überzeugt, wie das wünschenswert wäre. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn Herr Direktor Kolanowski, der Leiter des Fremdenverkehrsbureaus, seine Ideen zur Verkehrswerbung auch außerhalb der sachlich unmittelbar interessierten Kreise vorträgt. Gestern abend sprach er auf Einladung des „Verbandes deutscher Reklamefachleute“ in der Staatlichen Kunstbibliothek in der Prinz-Albrecht-Straße über die Beziehungen des Fremdenverkehrs zur Wirtschaft. Es ist selbstverständlich, daß das Geschäftsleben unserer Stadt noch sehr belebt werden würde, wenn es gelänge, nicht nur mehr Fremde als bisher noch nach Berlin zu ziehen, sondern auch die Besucher zu längerem Aufenthalt zu veranlassen. Das Fremdenverkehrsbureau ist daher bemüht, möglichst viele Kongresse, vor allem auch internationale, in Berlin stattfinden zu lassen. Für Mai d. J. ist eine große Festwoche geplant, im Sommer eine Sport- und Turnwoche; fernerhin denkt man an die Einrichtung einer medizinischen Auskunftsstelle, die vor allen Dingen Ausländern, die sich in Deutschland studierend oder praktisch arbeitend ärztlich fortbilden wollen, mit Rat und Tat zur Seite stehen soll. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen verwies der Redner auf die Idee eines Willkommenhauses für Fremde. Vorläufig ist leider zu konstatieren, daß das Fremdenverkehrsbureau in der Friedrich-Ebert-Straße längst nicht voll ausgenutzt wird. Vielleicht dürfte es zweckmäßig sein, an mehreren markanten Punkten der Stadt, besonders am Potsdamer Platz, deutlich sichtbar auf diese wichtige Auskunftsstelle hinzuweisen. Es ist sehr erwünscht, daß auch die Berliner von ihr Gebrauch machen.

Ratschläge für die Landwirte.

Ein Kuriosum ist es übrigens, mit welchen Mitteln man die Landwirte, die jüngst in Berlin tagten, für unsere Stadt begeistern wollte. Der „Deutsche Landwirtschaftsdienst“ fühlte sich verpflichtet, für die hohen Gäste aus Hinterpommern und der Kassubei mit folgenden „Ratschlägen und Warnungen“ moralisch zu sorgen:

Staatliches Opernhaus und Städtische Oper: sehr zu empfehlen. Nicht zu empfehlen der Besuch der Oper „Wozzeck“.

Staatliches Schauspielhaus: Nicht zu empfehlen „Ostpolzug“.

Komödienhaus: „Der Garten Eden“, sehr amüsant und lustig.

Theater in der Königgrätzer Straße: Durchaus nicht zu empfehlen: „Exzesse“ von Bronnen.

Tribüne: Dringend abzuraten: „Der entfesselte Wotan“. Autor ist der Kommunist Toller.

Künstler-Theater: Dringend zu empfehlen, sehr gutes Stück, „Königin Luise“.

Nicht zu raten ist auch zu dem Besuch des „Fröhlichen Weinberg“ am Schiffbauerdamm. Dagegen muß in der „Komödie“ die „Gesellschaft“ empfohlen werden. Sehr lustig. Palais de Danse und Pavillon Mascotte der alte Betrieb. Sehr zu raten ist zum Besuch der Wilhelma am Kurfürstendamm. Militärmusik bei allerdings etwas hohen Preisen, aber sehr gutem Essen. Nationales Publikum. . . .

Mehr können allerdings die Landwirte in Berlin nicht verlangen, und es ist anzunehmen, daß sie sich bei der Königin Luise, beim alten Betrieb im Pavillon Mascotte und Palais de Danse, bei Militärmusik und gutem Essen und nationalem Publikum vortrefflich vergnügt haben werden. Ein Glück ist es freilich, daß man nie und nimmer auf die Kateridee kommen wird, den „Deutschen Landwirtschaftsdienst“ auf Fremde mit weniger nationalen Allüren und mit mehr Sinn für großstädtische Schönheiten loszulassen.

Amerikapropaganda und deutscher Reiseverkehr.

Die „Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung“ hatte gestern eine Konferenz einberufen, in der der Leiter des New Yorker Bureaus Schmitz über „Amerikapropaganda und amerikanischen Reiseverkehr“ sprach. Er führte aus, es sei aus wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen notwendig, den amerikanischen Reiseverkehr nach Deutschland zu leiten. Nur wenige Amerikaner kennen Deutschland, sie reisen nach Paris, Norwegen, Schweiz, Italien, vermeiden aber Deutschland. Das liegt hauptsächlich nicht in der Abneigung des Amerikaners gegen deutsches Wesen, sondern in der mangelhaften deutschen Reisepropaganda. Die anderen Länder haben sich auf amerikanische Gepflogenheiten eingestellt. Es ist notwendig, daß auf einer Reklameanzeige an erster Stelle und in dicken Lettern „Germany“ steht über irgendeiner charakteristischen Photographie. Dieser Uebung der Amerikaner in der Reklame sind die Deutschen bisher nie gefolgt, im Gegenteil, deutsche Kurorte, Hotels oder Städte geben in amerikanischen Zeitschriften Inserate auf, die nicht einmal das Wort Deutschland enthalten, worauf aber als erstes der Hotelnamen prangt. Natürlich bleiben diese Inserate völlig unbeachtet. Einen ähnlichen Fehler begehen auch die Gesellschaften, die deutsche Aufnahmen in amerikanischen Zeitschriften vertreiben. Schmitz stellte im Lichtbild amerikanische und deutsche Aufnahmen gegenüber, die Sportereignisse zeigten. Die deutschen, verglichen mit den amerikanischen, sind lahm und schlecht gestellt. Die „Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung“ bemüht sich nun auf diese Art der amerikanischen Reklame einzugehen und hofft, bereits in diesem Jahre Einfluß auf reiselustige Amerikaner zu gewinnen.

Eine neue Ehetragödie.

Selbstmord nach einem Mordanschlage auf seine Frau.

Einen Mordanschlag auf seine Frau verübte in der vergangenen Nacht der 41 Jahre alte Kaufmann Rudolf Müller in der Kopenhagener Straße 6. Er verletzte sie schwer und erschoß dann sich selbst. Müller lebte, wie die Hausgenossen bekunden, schon seit Jahren mit seiner 38 Jahre alten Frau Martha, geb. Lewandowski, geschiedene Böhme, in Zwist. Es kam oft zu heftigen Auftritten und auch zu Tätlichkeiten, die die Nachbarn zum Eingreifen veranlaßten.

In der vergangenen Nacht gegen 1½ Uhr war in der Wohnung im 2. Stock wieder ein großer Lärm. Dann fielen zwei Schüsse. Gleich darauf kam Frau Müller aus der Wohnung herausgelaufen und suchte, wie früher schon öfter, bei den Nachbarn Zuflucht. In deren Zimmer aber brach sie plötzlich zusammen. Sie hatte zwei Schüsse in den Rücken erhalten. Die Nachbarn riefen das Ueberfallkommando. Als Beamte des 63. Reviers eintrafen, krachte in Müllers Wohnung ein dritter Schuß. Die Beamten fanden den Mann mit einer Schußverletzung in der recht Kopfseite regungslos daliegen. Ein Arzt, der herbeigerufen wurde, konnte nur noch seinen Tod feststellen. Er legte der schwerverletzten Frau, die unterdessen die Besinnung verloren hatte, einen Notverband an und ließ sie mit einem Wagen der Rettungsstelle nach dem Virchowkrankenhause bringen. Müller hatte, wie sich ergab, Alkohol zu sich genommen und dann mehrere Briefe geschrieben, in denen er die Zerwürfnisse mit seiner Frau schilderte und erklärte, daß er so nicht weiter leben könne. Während die Frau sich anschickte, sich zu entkleiden und zur Ruhe zu gehen, trat er plötzlich in das Schlafzimmer ein und gab die zwei Schüsse auf sie ab, während sie ihm den Rücken zuwandte. Die Frau liegt im Krankenhause sehr bedenklich danieder. Die Leiche des Mannes wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht und die Wohnung polizeilich geschlossen.

Der verdächtige Todesfall in der Lottumstraße ist noch nicht weiter aufgeklärt. Das Hausmädchen Agnes Krause hatte in Potsdam Verwandte, die es öfter besuchte. Bei ihnen ist es aber am Mittwochnachmittag nicht gewesen. Sie hatte diesen Nachmittag zum Ausgang frei, es konnte aber noch nicht festgestellt werden, wann sie weggegangen und zurückgekehrt ist. Erwünscht wären der Mordkommission, den Kriminalkommissaren Johannes Müller und Dr. Braschwitz, Mitteilungen darüber, wo sich das Mädchen am Mittwochnachmittag und -abend aufgehalten hat. Für ein Verbrechen ist bis jetzt noch kein Anhalt gefunden.

Der schadhafte Ofen.

Bruder und Schwester erstickt.

Einem noch nicht aufgeklärten Unglück sind in der vergangenen Nacht die 25 Jahre alten Geschwister Hugo und Ida Seifert aus der Sebastianstraße 71 zum Opfer gefallen. Beide waren auf diesem Grundstück in der Plissébrennerei von Schreiber beschäftigt. Weil in ihrer Wohnung umfassende Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden, so hatten sie sich in der Werkstatt ein Nachtlager eingerichtet. Das Mädchen hatte dort ein Bett aufgestellt, der junge Mann schlief auf einem Lager auf dem Werktisch.

Als andere Angestellte heute morgen erschienen, wunderten sie sich, daß die Geschwister entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit die Werkstatt noch nicht geöffnet hatten. Ihre böse Ahnung, daß ein Unglück geschehen sei, fanden sie bald bestätigt. Das Mädchen lag regungslos in seinem Bett, der junge Mann ebenso auf seinem Werktischlager. Drei Hunde, die die Nacht über ebenfalls in der Werkstatt blieben und die zum Teil den Geschwistern und zum Teil Schreiber gehörten, lagen ausgestreckt auf dem Fußboden. Der Ofen im Raum brannte. Samariter der Feuerwehr und ein Arzt, die sofort gerufen wurden, machten Wiederbelebungsversuche. Sie hatten jedoch keinen Erfolg. Die Geschwister waren beide tot. Zwei der Hunde waren verendet, nur der dritte gab noch Lebenszeichen von sich. Ins Freie gebracht, erholte er sich bald wieder. Die Feuerwehr und Kriminalbeamte des 13. Reviers stellten bei der Aufnahme des Befundes fest, daß die Geschwister beide erbrochen hatten, ebenso die Hunde. In dem Raume stand noch ein Rest von Schmorkohl, von dem die Geschwister gestern abend gegessen hatten. Kohlenoxydgas, das dem Ofen entströmt sein mag, konnte in dem Raum nicht bestimmt festgestellt werden. Es ist aber doch möglich, daß es vorher vorhanden gewesen ist und daß die beiden jungen Leute daran erstickt sind, ebenso die Hunde. Es ist aber auch möglich, daß die Speisen verdorben gewesen sind und daß ihre Wirkung vielleicht in Verbindung mit Kohlenoxydgas zum Tode geführt hat. Bestimmtes kann erst die Obduktion feststellen. Die Leichen wurden nach dem Schauhause gebracht.

Wieder ein Großfeuer in Gosen.

Eine Bootswerft niedergebrannt.

Gosen, das erst kürzlich von einem größeren Feuer heimgesucht wurde, bei dem zwei Wohnhäuser eingeäschert wurden, war in der letzten Nacht schon wieder der Schauplatz eines gewaltigen Brandes. In Gosen ist eine größere Bootswerft. Abends kurz vor ¾10 Uhr bemerkten Bewohner des Ortes in dem großen Schuppen einen Feuerschein und starken Brandgeruch. Schon nach kurzer Zeit schlugen die ersten Flammen heraus. Die Feuerwehren aus Schmöckwitz, Gosen, Köpenick, Friedrichshagen, Neu-Zittau und Wernsdorf wurden alarmiert. Bei ihrem Eintreffen stand der Hauptschuppen mit den anliegenden Holzvorräten in hellen Flammen. Ueber zwei Stunden wurde aus 7 C-Rohren und mehreren B-Rohren Wasser gegeben, ohne daß es gelang, die Macht des Feuers zu brechen. Der Feuerschein erleuchtete die Umgebung auf weiter Entfernung taghell. Erst gegen ¾1 Uhr war die Macht des Feuers gebrochen, doch blieb von der Bootswerft und ihrem wertvollen Inhalt, sowie den Holzvorräten nur wenig übrig. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein. Ueber die Entstehungsursache ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Die Charlottenburger Schloßbrücke wieder frei.

Vom 28. März dieses Jahres ab verkehren die Linien 3, 55 und 64 wieder auf dem fahrplanmäßigen Wege über die Schloßbrücke in Charlottenburg, also die Linie 3 wieder über Beusselstraße, Kaiserin-Augusta-Allee, Tauroggener Straße, Luisenplatz, Berliner Straße, Wilmersdorfer Straße; die Linien 55 und 64 wieder über Osnabrücker Straße, Tauroggener Straße, Luisenplatz, Berliner Straße, Knie, Hardenbergstraße.

Zu dem Postdiebstahl in der Forster Straße wird mitgeteilt, daß der festgenommene Schaffner Albert Birkholz nach wie vor bestreitet, mit dem großen Markendiebstahl etwas zu tun zu haben. Seine Wohnung wurde gestern von Beamten der Oberpostdirektion und der Kriminalpostdienststelle noch einmal gründlich durchsucht. Hierbei wurden einige Markentaschen gefunden, große Papiertaschen, in denen die zusammengepackten Wertzeichen aller Art aufbewahrt zu werden pflegen. Ob das die Taschen sind, die in der Nacht zu gestern gestohlen wurden, muß noch festgestellt werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Freischüler in einer Privatschule. Aus der Jankowskyschen höheren Privatschule (Berlin W., Rosenheimer Straße 23), die von Sexta bis Prima führt, wird uns mitgeteilt, daß unter Berücksichtigung der zurzeit bestehenden Wirtschaftskrisis der Direktor mit dem Lehrerkollegium beschlossen hat, zu Ostern eine Anzahl Schüler teils gegen ermäßigtes Schulgeld, teils völlig ohne Schulgeld aufzunehmen. Die Anmeldungen (mit persönlicher Vorstellung) müßten schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Deutsche Volksnot in Südtirol. Die Frauengruppe Berlin des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltete gestern abend im Meistersaal einen Lichtbildervortrag über „Deutsche Volksnot in Südtirol“. Auf der Leinwand wurden gutgelungene Naturbilder aus dem herrlichen Alpenlande und der Tiroler in seinen Trachten und Gebräuchen gezeigt. Aber der Vortrag, den Fräulein Marie Albrecht dazu hielt, entsprach nicht der künstlerischen Aufmachung. Auch wir bedauern, daß Tirol unter die Gewaltherrschaft der Schwarzhemden geraten ist, aber daß die Revolution daran schuld war, ist uns doch neu. Die Kritik an dem „Versailler Schmachfrieden“ und die Berufung auf Wilsons 14 Punkte ändern nichts mehr daran.

Das Bureau der Volksfürsorge, Engelufer 28, ist nach Berlin S. 42, Ritterstr. 126, Ecke Luisenufer 38, verlegt worden. Die Abteilung Sachversicherung der Konsumgenossenschaft Berlin ist von der Volksfürsorge übernommen worden.

Rose-Theater. Sonntag, den 28. März, findet die Nachmittagsvorstellung „Das Glück im Winkel“ nicht statt.

Das Volksbildungsamt Wedding bringt heute, Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, in der Dankeskirche, am Weddingplatz, das Oratorium von Josef Haydn „Die vier Jahreszeiten“ zur Aufführung. Mitwirkende: Berliner Volkschor, Berliner Sinfonieorchester. Leitung: Dr. Zander.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. **Kreis Tempelhof.** Sonnabend, den 27. März, abends pünktlich 7½ Uhr, in Tempelhof, Dorfstr., Kommissions-Sitzungszimmer, Fraktionssitzung.

68. **Abt. Lichterfelde.** Alle Bezirksführer und diejenigen Parteigenossen, welche noch Sammellisten z. m. Volksbegehren im Besitz haben, treffen sich Sonnabend, den 27. März, abends 7 Uhr, beim Genossen Quandt, Hindenburgdamm, Ecke Moltkestr., zur Abrechnung mit dem Abteilungskassierer. Kartothekkarten sind mitzubringen.

Extra billige Oster-Angebote!!

Porzellan

Teller	Feston, mit Goldrand, tief oder flach, Ia Ware	0.75
Teller	weiß, tief oder flach	0.35
Abendbrotteller	versch. Dekore	0.35
Tasse	mit Untertasse, weiß	0.20
Tasse	mit Untertasse, Kantendekor	0.38
Speiseservice	23 teilig, Streublume	21.50
Kaffeeservice	9tlg., Kantendekor	4.90
Kaffeeservice	16 teilig, mit dünnen Tassen	12.50
Kaffeeservice	16 teilig, echt chinablau	27.—
Abendbrotteller	weiß	0.18

Glas

Weingläser	glatt	0.35
Potweingläser		0.30
Likörgläser	mit Fuß	0.30
Likörgläser	mit Fuß, Mattbrand	0.40
Bierbecher	gull.	0.23
Bierbecher	Mattbrand	0.18
Kompott-Teller		0.09
Kompott-Schüssel	23 cm, Oliven	0.85
Kuchenteller	rund, 30 cm	1.35
Käseglocke	gepreßt	0.95

Emaille

Wasserkessel	mit Sack, 20 cm	1.95
Eimer	28 cm	0.85
Wanne	neublau, rund, 36 cm	1.45
Kasserolle	mit Ring, 28 cm	1.50
Schmortopf	braun, 20 cm	1.50
Mülleimer	mit Deckel, weiß	2.75
Wanne	oval, weiß	1.95
Nachtgeschirr	grau, 20 cm	0.75
Schüssel	rund, 32 cm	0.95
Kaffeekanne	von	0.50

Wirtschaftsartikel

Brotkasten	eckig, lackiert, Ia Ausführung	2.95
Brotkörbe	oval	0.58
Satz Schmortöpfe	Aluminium, m. Isoliergriffen, extra starke Ausf., 16-24 cm	14.50
Wandkaffeemühle	von	2.95
Königskuchenformen	von	0.45
Springformen	von	0.60
Solinger Bestecke	durchgehend	0.95
Holzkaffeemühle		1.95
Alpacca-Eßlöffel	Perlrand	0.85
Aluminium-Eßlöffel		0.10

Speiseteller Steingut, tief 12 Pf. — **Speiseteller** Steingut mit blauem Rand 20 Pf. — **Satz Schüsseln** 6 teilig 1⁴⁵ — **Waschgarnituren** von 4⁹⁵ an

Walter Michelson G. m. b. H. Neukölln Bergstr. 44-45
(gegenüber dem Hohenzollernplatz)

Billige Angebote zum OSTERFEST

Damen-HÜTE

Fescher Liserethut kleine Form, m. Bandfleck 2.75
Liserethut mit fescher Band- und Blumengarnitur 4.75
Flotter Trotteur Tagalpicot, mit apart. Bandgarn. 7.50
Frauenhut eleg. Form, Crêp, Georgett-Band u. Kronenreihergesk. 12.50

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe Prima Mako, schwz. u. fbg. 95 Pf.
Damen-Strümpfe Seidenflor, moderne Farben 1.45
Damen-Strümpfe Prima Waschkunstseide, fbg. 2.95
Herren-Socken Kunstseide plattiert moderne Muster 1.95

Kinder-Strümpfe
in Baumwolle, Mako und Flor, schwarz und farbig
in sehr grosser Auswahl

Trikotagen

Damen-Schlüpfer feine Baumw., farb., alle Gr. 1.25
Herren-Hosen gute Baumwolle, makofarbig 1.95
Herren-Hemden weiss, mit farbigen Einsätzen 1.95
Damen-Sportwesten reine Wolle, gestrickt, viele Farben 7.90

Leinenwaren

Handtücher reinleinene, grau gestreift, 42/110, Stück 85 Pf.
Kaffeedecken Blumenmuster, 80/80, Stück 1.35
Damastservietten reinleinene, mit Hohlsaum, 56/56, St. 1.45
Jacquard-Tischtücher 130/130, Halbl. 3.95

Kleider aus prima Kunstseide, in vielen Karostellungen, waschbar 6.90

Kleider aus Ripspopelin Glockenform, mit lang. Aerm., aparte Kragen- u. Knopfgarnierung 12.50

Tanzkleider aus prima Helvetia-Seide, in allen modern. Farb. u. vjel. Gröss. 19.75

Jumperkleider aus solidem Ripspopelinstoff, mit Plisseerock, aparte Kragengarnierung 24.50

Frühjahrsmäntel aus einfarbigen halbwollenen Stoffen, mit seitlicher Faltengarnierung 12.50

Mädchen-Kleider aus halbwollenen, modernen Schotten, Arm- u. Halsausschnitt, m. Tressengarnierung, Gr. 65 4.50
Jede weitere Grösse 25 Pfennig mehr

Frühjahrsmäntel aus halbwollen. Tuchstoffen, mit neuester Kragen- und Manschettengarnierung 19.75

Frühjahrsmäntel aus prima Gabardine- und Ripsstoffen, ganz glatt, teils in Glockenform 29.50

Frühjahrs-Complet aus Kammgarncheviot, Jacke gefüttert, Jumperkleid, mit plissiertem Rock 39.50

Jumper aus bedrucktem baumwollenen Crêpé, mit langen Armeln und Kragen 4.75

Kasak aus prima Kunstseide, mit kurzen Aermeln und sparter Knopfgarnierung 7.50

Kieler Pyjaks für 2-6 Jahre, für Mädchen und Knaben, aus soliden blauen Stoffen für zirka 7 Jahre 11.75
Jede weitere Grösse 75 Pfennig mehr

Kleiderstoffe

Crêpe Marocain und Wollmusseline bedruckt, in vielen Farben Meter 1.65

Reinwollene Schotten in neuen Stellungen Meter 2.25

Ripspopelin reine Wolle, in aparten Farben, ca. 130 cm breit, Meter 4.80

Bastseide naturfarbig ca. 80 cm breit Meter 2.30

Bemberg Adlerseide waschbar, ca. 75 cm br., in glatt u. gestreift, Mtr. 3.60

Crêpe Schotten Kunstseide ca. 90 cm breit, aparte Neuheiten Meter 3.75

Damen-Spangenschuhe braun u. schwarz, gut. Verarb., vorzügl. Passform 10.50
Damen-Spangenschuhe braun, schwarz u. Lackleder, in verschiedenen Ausführungen und schönen modernen Formen 12.50
Herren-Halbschuhe braun u. schwarz, moderne Form, Rahmenarbeit 12.50
Sandalen braun Rindleder, biegsame Ledersohle, gutes Fabrikat Grösse 27-30 2.90, 31-35 3.90, 36-42 4.90

Herren-Bekleidung

Herren-Anzüge aus guten, haltbaren Stoffen 48.00 54.00 62.00
Sportanzüge aus gemust. u. Manchesterstoff 42.00 48.00 54.00
Frühjahrsmäntel in modern gehaltenen Farben 52.00 65.00 72.00
Regenmäntel aus Gummi- u. imprägn. Stoffen 14.00 22.00 32.00

Oberhemden Perkal, gefüttert Brust, 1 st., 1 w. Kragen, 6,50 4.90
Nachthemden mit farbigem Besatz und Tasche 4.90
Taghemden kräftiges Hemdentuch 2.95
Sporthemden Zephir, m. Schillerkragen 5.90
Garnituren Hosenträger, Sockenhalter in Geschenkkart. 2.90
Selbstbinder reine Seide 1.65
Herren-Hüte moderne Formen und Farben 3.95
Herren-Hüte neueste Formen und Farben 4.90

Weisswaren

Kragen Blusenform, in versch. Farben, a. Tricoline o. Kunstseidenrips 65 Pf.
Schlupfweste Opal, mit Falten und Knopfgarnitur 1.25
Quastenschal in verschiedenen Farben 95 Pf.
Japonschal bedruckt, in modernen Mustern 4.75

Taschentücher für Damen, mit Hohlsaum u. gestickter Ecke, Stück 15 Pf.
Taschentücher für Damen, mit Hohlsaum u. gestickt. Buchstab., Stück 2.45

Im Lichthof: Grosser Verkauf von Oster-Eiern und -Hasen zu billigen Preisen.

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

J. Baer
BERLIN · N
BADSTR. 26
ECKE PRINZEN-ALLEE

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung
Die Maß-Abtlg. unter Leitung bewährter Zuschneider, bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung
Gummi- u. Lodenmäntel
Sport- u. Berufskleidung

J.B

Elegante Einsegnungs-Anzüge in großer Auswahl von 24 M. an

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in
Künstler-Gardinen 2.90
Madras-Gardinen 4.—
Stores 2.20
Bettdecken 1 bettig 4.—
Bettdecken 2 bettig 8.—
Spez.-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof
Kein Laden!

Straßen- und Tanz-Kleider 16.75 9.75 **6.75**
Aparte Mäntel 29.75 16.75 **11.75**
Ottomane-Mäntel 49.75 **29.75**
Seiden-Mäntel 69.00 **59.00**
Fesche Kostüme 49.75 **39.75**
Aparte Mantel 39.75 Reizende Complets 78.00 **59.00**

W. Bernhard Nachf.
Berlin, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101 (direkt am Hallischen Tor)

BOVRIL
IST FLÜSSIGES FLEISCH
Wohlschmeckend! Nahrhaft! (10- bis 20fachen Nährwert) Unerreicht!
ca. ½ Teelöffel Bovril = 1 Tasse kräftigster Fleischbrühe.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Kontinental Agencies, Hamburg, Cremon 11/12.

Spezialverschl. für Ischias in Wirk., Stuhl und Bett, wenn Orthop. fachgerecht in 15 Tagen sind diese Fälle beseitigt werden. Unentgeltliche Heilerfolgs-Zusicherung und Referenzen. Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 108. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jacobi

---

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Sofa
Kindergarnituren Ruhebetten, Diwanbetten, Metallbetten, Matratzen äußerst billig aus eig. Werkst. Aufarbeitung und Modernisierung sämtl. Polstermöbel. Teilzahlung gestattet
Liehterfeld,
Neukölln,
Sanderstraße 20.

Trauerkrepaden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer,
Marianneenstr. 3.
Amt Moritzpl. 1308.

Lausitzer Platz 16
Nähe Görlitzer Bahnhf.
Pumpen- und Wasserschlauch-Fabrik

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 38—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Oster-Angebote von enormer Billigkeit!

Meine riesengroße Auswahl in modernster Frühjahrskleidung wird Sie in freudiges Erstaunen setzen und Ihnen den Einkauf bei mir zum Vergnügen machen!

Frühjahrs-Anzüge solide Stoffe belle u. dkl. Farb., 42.—, 38.— **24.00**
neue Formen, gute Qualitäten 54.—, 46,— **38.00**
Maß-Ersatz, Chev. u. Gabard., 110.—, 98.—, 85.—, 76.—, 68.— **62.00**

Frühjahrs-Mäntel 2reihig 54.—, 46.— **36.00**
Eleg. Ulster aus Gabardine u. Cheviot 75.—, 65.—, 54.— **48.00**
feinste Verarbeitung, Maß-Ersatz 115.—, 98.—, 84.—, 72.— **69.00**

Sport-Anzüge mit kurzer od. langer Hose aus bestem Homespun u. Gabardine 79.- 65 - 54.- 42.- **33.00**
Windjacken imprägniert 25.-, 19.50, 14.50 **9.50**

Manchester-Anzüge Lindner-Qualitäten 52, 46, 42 **38.00**
Schoffür-Anzüge bester Cord 75.-, 62.- **52.00**
Hosen gestreift u. Breeches 25, 22, 18.50, 15, 10.50, 6.50 **3.90**

Gummi-Mäntel beste Gummierung 35.-, 28.-, 22.-, 16.50 **13.50**
Loden-Mäntel pr. Strichloden 49.-, 38.-, 26.- **19.50**
Knaben-Anzüge und Mäntel 25.-, 19.50, 16.50, 10.50 **7.50**

Maß-Anfertigung: Anzüge und Mäntel feinste Verarb., tadelloser Sitz 160.—, 135.— **120.00**
Smoking-Anzüge 135.-, 110.- **85.00** **Tanz-Anzüge** mit Borte 120.-, 108.-, 85.- **60.00**

S. JOSEPH, Schöneberg Hauptstraße 1
(Ecke Grunewaldstraße)